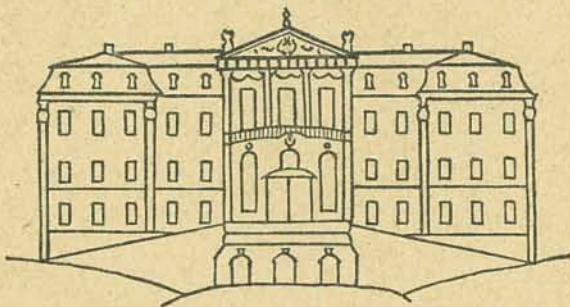


Hefte aus Burgscheidungen

Alwin Schaper

Der nationale Gedanke
und der Kampf für den Frieden



62, 63

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte „Otto Nuschke“
in Verbindung mit der Parteileitung der Christlich-Demokratischen Union

In der Reihe der „Hefte aus Burgscheidungen“ sind bisher erschienen:

- *1 Günter Naundorf: Die Verwirklichung christlicher Anliegen im Sozialismus
- 2 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Ökumene und Weltfriedensbewegung
- *3 Wolfgang Fischer: Christliche und marxistische Ethik
- *4 Dr. Hanfried Müller: Der Christ in Kirche und Staat
- *5 Prof. Dr. Gerhard Kehnscherper: Die Botschaft Jesu Christi in der Begegnung mit dem religionslosen Menschen
- 6 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Auf dem Wege zur Wiedervereinigung Deutschlands
- *7 Der Mißbrauch der Religion durch den Imperialismus
- 8 Günter Wirth: „Europäische Einigung“ oder Europa des Friedens?
- *9 Der Primas der Russischen Kirche — Zum 80. Geburtstag des Patriarchen Alexius
- 10 Dr. Hanfried Müller: Die Frankfurter Theologische Erklärung der Kirchlichen Bruderschaften vom 4. Oktober 1958
- 11/12 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Berlin — nicht Frontstadt, sondern Friedensstadt
- *13 Dr. Harald-Dietrich Kühne: Die halbstaatlichen Betriebe in der Deutschen Demokratischen Republik
- *14 Günter Wirth/Christa Johannsen: Die literarische Gestaltung der christlichen Existenz im Sozialismus
- 15 Edmond Meclewski: Die polnischen Westgebiete — Eine demographische Untersuchung —
- 16 Prof. D. Dr. Johannes Leipoldt: Ewiger Friede ist keine Utopie
- 17 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: NATO — die Heilige Allianz des 20. Jahrhunderts
- 18 Hubert Faensen: Die künstlerische Gestaltung der christlichen Existenz im Sozialismus
- 19 Gertrud Illing: Der 20. Juli 1944
- 20 Gerald Götting: Die Bewährung christlicher Existenz im Aufbau des Sozialismus
- *21 Zehn Jahre Deutsche Demokratische Republik — Von der antifaschistisch-demokratischen Ordnung zum Kampf um den Sieg des Sozialismus
- 22 Zehn Jahre DDR — zehn Jahre steten wirtschaftlichen Aufstiegs
- 23 Herbert Trebs: Sozialistische Kulturrevolution und christlicher Glaube
- 24 Günter Wirth: Zur Politik der Christlich-Demokratischen Union 1945 bis 1950

Hefte aus Burgscheidungen

Alwin Schaper

Der nationale Gedanke und der Kampf für den Frieden

1961

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte „Otto Nuschke“
in Verbindung mit der Parteileitung der Christlich-Demokratischen Union

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Das Wesen der deutschen Frage	5
Richtig orientieren, mutig handeln	7
Die Lösung der deutschen Frage	7
Fehler im deutschen Gewebe	10
Fürstlicher Partikularismus, symbolisiert durch Friedrich II.	12
Selbstzufriedenheit ohne Sicherheit	13
II. Die Geburtswehen des Nationalstaates	17
Wie der Kampf begann	18
Das tolle Jahr des deutschen Bürgertums	19
Eine erhabene Idee – unzulänglich verwirklicht ..	21
Bismarck – ein Einwand mehr gegen Bonn	24
III. Integration – Ausdruck amerikanischer Überfrem- dung	27
Alte Pläne, nie erfüllt und noch lebendig	28
Adenauers Kölner Parteitag, ein Alarm für Deutschland	30
Solidarität mit Fragezeichen	31
Niemand brauchte Ja zu sagen	33
Eine Mission, die tödlich ist	34
Es ist ein Irrtum, in der Politik nicht wenden zu können	36
IV. In Hitlers Fußstapfen	39
Wie sich die Bilder gleichen	40
Musterbeispiele deutschen Selbstbetrugs	42
Warum Bonn „Pankow“ nichts zu sagen hat	44
Denken ist die erste Bürgerpflicht	45
V. Notstandsgesetzgebung – eine Demaskierung der Bonner Demokratie	49
Lügen haben kurze Beine	50
VI. Wellenbrecher der Kriegshetze	55
Der Sieg des Volkes wird die Regel	56
Die zwei Seiten der Wiedervereinigung	57
Der deutsche Friedensplan weist uns den Weg	58
Atomkrieg und die Bibel sind nicht vereinbar	61

I. Das Wesen der deutschen Frage

*Wenn das Geschehene nicht klug machen
kann, dann ist das Künftige nicht zu heilen
und nicht zu erhalten.*

Ernst Moritz Arndt (1769–1860)

Richtig orientieren, mutig handeln

Der politische Kampf in unserer Gegenwart erfordert von allen Angehörigen des deutschen Volkes eine klare Orientierung und persönliche Konsequenzen aus richtiger Erkenntnis. Was Walter Ulbricht am 9. Februar 1961 in dem so bedeutsamen Gespräch mit einer Delegation von Theologen, kirchlichen Amtsträgern und christlichen Bürgern im Hinblick auf die Weltsituation allgemein gesagt hat, nämlich, daß „die Zeit gekommen ist, daß sich die Christen auf die neue Lage und die neuen Kräfte in der Welt orientieren“ und begreifen, daß diese neuen Kräfte heute bestimmte, ursprünglich vom Christentum verkündete Grundsätze verwirklichen, das gilt auch für den Kampf in Deutschland.

Zu beachten dabei ist, daß es mehr als auf Worte auf Taten ankommt, daß die Einsicht sich widerspiegeln muß in der Haltung konkreten Fragen und Forderungen gegenüber. Auch das bedarf für Menschen christlichen Glaubens keiner Begründung, wissen wir doch um die Mahnung, die der Bruder des Heilands, Jakobus, seinen Zeitgenossen für das religiöse Leben erteilt hat: „Seid nicht nur Hörer, sondern seid Vollbringer des Wortes.“

Die Lösung der deutschen Frage

Der Abschluß eines Friedensvertrages,
die Umwandlung Westberlins in eine Freie Stadt,
die Bändigung des westdeutschen Militarismus –
das ist eine Notwendigkeit für unser eigenes Volk, zugleich
aber auch ein europäisches Erfordernis ersten Ranges.

Mit einer solchen Lösung der deutschen Frage, die ihrem Wesen nach eine Frage des Friedens ist, würde der Schlußstrich unter den Hitlerkrieg gezogen, ein gefährlicher Konfliktstoff aus der Welt geschafft, der Weg frei gemacht in die Wiederherstellung der nationalen Einheit über eine deutsche Konföderation und damit auch in eine gesicherte Zukunft der deutschen Nation. So würde letztlich eine Wiederholung jener unheilvollen Katastrophen verhindert, die sich in unserer Geschichte so gehäuft haben.

Daher stellte der Vorsitzende des Staatsrates, Walter Ulbricht, in der Programmatischen Erklärung des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik am 4. Oktober 1960 vor der Volkskammer fest:

„Heute ist der Hauptinhalt der Deutschlandfrage die Sicherung des Friedens. Deshalb ist das wichtigste Anliegen unserer Deutschen Demokratischen Republik, alles zu unternehmen, was der totalen Abrüstung in Deutschland dient, damit auch in Westdeutschland die Friedenskräfte das Übergewicht bekommen und die nationale Wiedergeburt Deutschlands als friedliebender, demokratischer Staat Wirklichkeit wird. Das Unglück unseres Volkes besteht darin, daß in Westdeutschland jene politischen Mächte herrschen, die sich nur an die tote Vergangenheit gebunden fühlen, aber blind sind gegenüber dem Neuen, das in Deutschland, in Europa und in der Welt Gestalt und Kraft gewonnen hat.“

Das erste Erfordernis einer realistischen Beurteilung der deutschen Situation ist somit, Klarheit darüber zu schaffen, daß unser Volk nur dann eine neue Zukunft zu erhoffen hat, wenn mit der Wiederherstellung der nationalen Einheit zugleich der Frieden gewährleistet ist und die Abkehr von der Macht- und Eroberungspolitik der Vergangenheit. Denn das Unglück unseres Vaterlandes ist der Militarismus in allen seinen Erscheinungsformen, der Militarismus, der die Spaltung Deutschlands herbeigeführt hat und sie immer noch weiter vertieft. Von daher kommen alle Schwierigkeiten und Verzögerungen in der Lösung der deutschen Frage. Ein remilitarisiertes Westdeutschland geht den gleichen Weg, den Hitler gegangen ist. Und darum haben wir an den Anfang unseres Kampfes für die nationale Einheit den Kampf für den Frieden gestellt.

Sehr deutlich spiegelt sich dieser Sachverhalt, den auch der Wahlauf Ruf der Nationalen Front des Demokratischen Deutschland hervorgehoben hat, in der Entschließung unseres 10. Parteitag vom 25. Juni 1960, in der es heißt:

„Die Hauptfrage, an der alle politischen Entscheidungen zu orientieren und zu messen sind, ist heute die Aufrechterhaltung des Friedens in der Welt und in Deutschland. Die Lösung dieser Aufgabe ist die Lebensfrage auch für unser Volk.“

In Übereinstimmung mit der Erklärung vom 4. Oktober 1960 wies Walter Ulbricht in seiner Rede vor der Volkskammer am 6. Juli 1961 noch einmal auf die enge Verbindung der nationalen Frage mit der Friedensfrage hin, indem er ausführte:

„Das deutsche Volk kann nur im Frieden gedeihen, es kann nur im Frieden leben und arbeiten. Der Frieden in Deutschland und für Deutschland aber ist erst dann gesichert, wenn Militarismus und Revanchegeist überall im Lande überwunden, ein für allemal aus Deutschland verschwunden sind. Davon hängt die Zukunft des deutschen Volkes, davon hängen Leben und Glück unserer Kinder ab. Ohne Überwindung des Militarismus und des Revanchegeistes in Westdeutschland gibt es keine Möglichkeit zu einer Wiedervereinigung. Das ist die eiserne Logik der deutschen Geschichte. Sie kann heute jeder erkennen, der unsere historische Situation real einschätzt.“

Aber noch etwas ist in dieser Erklärung von besonderer Bedeutung. Das ist die Feststellung:

„Die Deutsche Demokratische Republik gibt Hoffnung und Zuversicht allen Freunden des Friedens auch in der westdeutschen Bundesrepublik. Deshalb ist es von so unerhört großer Bedeutung, daß die Deutsche Demokratische Republik ihre wirtschaftlichen Aufgaben in Ehren erfüllt, daß ihre Wissenschaften und Künste blühen und Ansehen in der Welt erringen, daß wir auf wissenschaftlich-technischem Gebiet mit an der Spitze der Welt stehen. Dazu gehört, daß auch unsere Arbeit ständig verbessert wird, daß Planung und Organisation gut gedeihen.“

So muß sich der Kampf gegen den deutschen Militarismus und seine aggressiven Pläne allseits mit entscheidenden Beiträgen für die Stärkung der ökonomischen Basis unserer Republik, für die Hebung des Wohlstandes unseres Volkes und die Steigerung der Werbekraft der Deutschen Demokratischen Republik auf das engste verbinden. Jeder Beitrag für die Steigerung der Produktion und die Verbesserung der Qualität unserer Produkte ist zugleich ein Beitrag für das einigefriedliche Deutschland, ein Stück nationaler deutscher Außenpolitik.

Menschen, die von dieser Erkenntnis durchdrungen sind, leben nicht nur ihrer Familie und ihrem Beruf, sie dienen auch ihrer nationalen Gemeinschaft und müssen denen Halt bieten, die unter den Auswirkungen des Nervenkriegs und der Störwellen aus der „Frontstadt“ ins Schwanken geraten.

Die Zeit, in der wir leben, eine Epoche großer geschichtlicher Umwälzungen, verlangt ein inneres Wachstum des Menschen. Menschen einer solchen Zeit müssen sich frei machen von überholten Überlieferungen, sie müssen die Augen frei halten vom Staub des Alltags, um weiter zu sehen, als es sonst vielleicht notwendig war. Verbunden damit sind

zuweilen Zweifel und Anfechtungen. Verbunden damit ist aber auch die frohe Gewißheit, denen zuzugehören, die neue Wege bahnen. Wer davon ergriffen ist, der wirkt auch auf seinen Nachbarn, kann auch andere begeistern und bewegen, weil er selbst gepackt ist von der Größe der Aufgabe, die heute gemeistert werden muß. An seinem Beispiel, seiner Haltung, seinem Tun und seinen Erfolgen erweist sich, daß jeder, der unserm Staat den Rücken kehrte, sich damit von dem Deutschland getrennt hat, das der Träger unserer nationalen Hoffnung und Zukunft ist. Wer die Deutsche Demokratische Republik, den festen Hort des Friedens in Deutschland, verläßt, der stärkt damit — gewollt oder nicht — die Militaristen und Revanchisten in Bonn, der übt Verrat an der Sache des Friedens und den wahren Interessen der deutschen Nation.

Fehler im deutschen Gewebe

Es ist ein langer und steiniger Weg, der uns in den vergangenen Jahrhunderten durch Hoffnung und Enttäuschung hindurch, durch Irrungen und Wirrungen schrittweise vorwärts in die nationale Einheit geführt hat. Später als andere Völker gelangten wir ans Ziel. Erst nach Jahrhunderten fand eine uralte Sehnsucht unseres Volkes ihre Erfüllung.

Für ein einiges Deutschland, für ein Reich mit einer starken Zentralgewalt, einer einheitlichen Wirtschaft, zeitgemäß ausgedrückt in dem Ruf nach Einheit von Münze, Maß und Gewicht und in der Forderung nach der Aufhebung der Zölle und Wegegeder, kämpften bereits 1525 die Bauern im Großen Deutschen Bauernkrieg. Was damals die Bauern wollten — Engels und Lenin haben die Reformation und den Großen Deutschen Bauernkrieg die erste europäische bürgerliche Revolution genannt —, nahm Gestalt an in der großartigen Konzeption eines Wendel Hipler und Friedrich Weigand.

Leider gilt trotz dieser heroischen Gestalten die Feststellung, daß es im Bundschuh und im Armen Konrad „zwar viele Hände gab, die geschickt darin waren, einzufädeln und zu weben, viele Arme, kräftig genug zum Dreinschlagen, aber keinen Kopf, der die Auszeichnung gehabt hätte, die dem Volksführer unentbehrlich ist“. „Der große Fehler in der deutschen Geschichte ist, daß die Bewegung des Bauernkriegs nicht durchgedrungen ist“, bekannte der große Gelehrte Alexander von Humboldt im Mai 1843 gegenüber Julius Fröbel. Ja, man kann nicht genug unterstreichen, daß „mit der Bauernkatastrophe gleichzeitig die Hoffnungen auf die deutsche Einheit für Jahrhunderte be-

graben waren, daß nunmehr die Fürsten noch hemmungsloser als bisher den ritterlichen und bäuerlichen Besitz einsackten, die große Reformationsbewegung zu eigener Bereicherung durch die Beschlagnahme vieler geistlicher Besitztümer degradierten und die zentrale Reichsgewalt zu vollständiger Ohnmacht verurteilten.“ (Albert Norden, Um die Nation)

Diese Fehler im deutschen Gewebe sind heute wenigstens in einem Teil Deutschlands, in der Deutschen Demokratischen Republik, beseitigt. Unsere Republik hat in ihren Arbeitern und Genossenschaftsbauern, in ihren Funktionären, in ihren Helden der Arbeit, ihren Neuerern und Aktivisten und in ihrer Intelligenz nicht nur Köpfe, die sich auf das Weben verstehen, sondern sie verfügt auch über starke schöpferische politische Kräfte und weiß sie alle verbunden durch ihre nationale Gesinnung und Disziplin.

So haben wir in der Deutschen Demokratischen Republik den Kampf für die deutsche Erneuerung nicht nur mit Worten geführt, mit Forderungen und Mahnungen, sondern wir haben die gesellschaftlich notwendigen Voraussetzungen für ein friedliches Deutschland geschaffen und damit, wie es die Entschließung unseres 10. Parteitages hervorgehoben hat, eine echte Bewältigung der Vergangenheit zustande gebracht:

„Auf dem Lande wurden durch die demokratische Bodenreform die Junker und Großgrundbesitzer davongejagt; damit wurde dem preußisch-deutschen Militarismus seine wichtigste ökonomische Grundlage entzogen. In der Industrie wurden die Monopolherren, die Nazi- und Kriegsverbrecher enteignet, und ihr Eigentum ging in die Hände des Volkes über; das bedeutete die ökonomische und politische Entmachtung der Träger des deutschen Imperialismus. Aus den Organen der Staatsmacht wurden durch die Verwaltungs- und Justizreform die aktiven Faschisten und unverbesserlichen Bürokraten, die Handlanger der Imperialisten beseitigt; Vertreter des schaffenden Volkes besetzten die Kommandohöhen des Staatsapparates und entwickelten sie zu den Keimzellen der Staatsorgane unserer heutigen Arbeiter- und Bauern-Macht. Im Volksbildungswesen wurde durch die demokratische Schulreform das Bildungsprivileg der Besitzenden gebrochen und allen befähigten Kindern des Volkes der Weg zu umfassender Bildung und Entwicklung ihrer Anlagen und Talente eröffnet.

In dieser grundlegenden demokratischen Umgestaltung der ökonomischen und politischen Verhältnisse im Osten Deutschlands zeigte sich der entschlossene Wille der demo-

kratischen Kräfte, eine echte Bewältigung der Vergangenheit vorzunehmen und damit auch der zweiten entscheidenden Schlußfolgerung aus den Erfahrungen der Geschichte gerecht zu werden. Diese revolutionären gesellschaftlichen Prozesse schufen in unserm Teil Deutschlands die unerläßlichen Vorbedingungen dafür, daß das einmütige Verlangen unseres Volkes nach einer wahrhaft nationalen Politik erfüllt werden konnte, einer Politik, die getragen ist von dem Bestreben, unser Volk von der verhängnisvollen Kette der Krisen und Kriege zu befreien. So dienten diese Umwälzungen den echten Interessen des Friedens und des Volkes; zugleich entsprachen sie den Forderungen der Antihitlerkoalition, die in den interalliierten Vereinbarungen und Beschlüssen von Teheran, Jalta und Potsdam ihren Niederschlag gefunden hatten.“

(Aus der Entschließung des 10. Parteitages der CDU)

Rückblickend können wir heute feststellen, daß wir mit diesen tiefgreifenden Veränderungen den entscheidenden Schritt für den Aufbau des deutschen Volksstaates getan und den Sinn des an Tragik so reichen vierhundertjährigen Kampfes in Deutschland erfüllt haben.

Fürstlicher Partikularismus, symbolisiert durch Friedrich II.

Darin, daß der nationale Gedanke in den regierenden Fürstenthümern Deutschlands keine Heimstatt hatte, stimmt die deutsche Geschichtsschreibung weitgehend überein. Man denke nur an das Wort Franz Mehrings: „Es soll schwer sein, in der ganzen Weltgeschichte eine Klasse aufzufinden, die durch so lange Zeit so arm an Geist und Kraft und so überschwenglich reich an menschlicher Verworfenheit gewesen ist, wie die deutschen Fürsten vom 15. bis 16. Jahrhundert.“ Stärker als das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit über den engen Horizont des heimischen Kirchturms hinaus war der Partikularismus, die Verfolgung der Sonderinteressen der Länder. Gemeinsame Sprache, gemeinsame Abstammung hatten nichts zu bedeuten. Dadurch fühlte sich kein Landesfürst verpflichtet oder gebunden.

Bezeichnend dafür ist die Politik Friedrich II., die durchgeführt wurde gegen das Reich. „Fremd war der Sinn dieser Monarchie allem“ so schrieb Ernst Moritz Arndt in seinem „Geist der Zeit“, „was deutsch heißt, und ist es noch; daher die Abneigung, ja, fast der Abscheu der kleinen Staaten Deutschlands, wenn es heißt, der preußische Adler soll über ihren Toren seine mächtigen Fittiche ausspreizen ... Es ist nichts lächerlicher, als ihm patriotische deutsche Ideen bei-

legen zu wollen. So patriotisch hat Richelieu und Louvois an Deutschland gedacht und darüber gesprochen ...“

Und wie charakteristisch für die Schwäche des nationalen Gedankens in der Vergangenheit ist z. B. auch, daß im Jahre 1806 August Wilhelm Schlegel schreiben konnte: „Ist es denn ein so großer Mangel, keinen Nationalstolz zu haben? Sehen wir nicht, daß er bei anderen Völkern häufig auf Einseitigkeit, Beschränktheit, ja, auf bloßen Einbildungen beruht?“ Danach aber erteilt Schlegel noch den Rat, unsere heiligsten Kräfte nicht in politischen Angelegenheiten zu verschleudern, sondern uns der göttlichen Welt, der Wissenschaft und der Kunst hinzugeben.

Auch in den Zeiten kraftvoller Entfaltung mangelte dem deutschen Bürgertum nur zu oft der Wille oder die Fähigkeit zu großer politischer Gestaltung. Man war zufrieden, wenn Soll und Haben aktiv bilanzierten. Vollends dann, wenn man befürchten mußte, daß durch das Eintreten für politische Reformen, das das Bürgertum im Kampf gegen den Feudalismus zwangsweise an die Seite der Arbeiterklasse führte, die revolutionäre Entwicklung Auftrieb erhielt.

So begrenzte der Kaufmann, den Albert Norden den Totengräber des Feudalismus genannt hat, sein Tätigkeitsfeld auf das Kontor, paktierte das Bürgertum aus Furcht vor der sozialen Revolution mit den Junkern und Kapitalisten, blieb dem alten Deutschland die Vollendung der bürgerlichen Revolution versagt.

Selbstzufriedenheit ohne Sicherheit

Es zeugt von gefährlicher Sorglosigkeit, wenn in weiten Kreisen der westdeutschen Bevölkerung, deren nationale Schicksalsfragen völlig ungeklärt sind, das auch Ausländern so befremdende Gefühl der Selbstzufriedenheit und der Sattigkeit aufkommen konnte, als hinge über all ihrem Komfort nicht drohend die Frage Frieden oder Krieg, Selbstbestimmung oder Selbstzerstörung, als wäre nicht durch den gleichen Kanzler, dem angeblich jedes Experiment unerträglich ist, alles in Frage gestellt; das Geschick des Landes und die persönliche Existenz seiner Bürger.

Während national empfindende Deutsche, die sich zum Frieden bekennen, bedroht oder eingekerkert werden, während die KPD – die stärkste Kraft wie im Widerstand gegen Hitler, so auch im Kampf gegen den Krieg – verboten ist, lassen bestimmte Teile des westdeutschen Bürgertums die Dinge laufen, – wenn nur die Kasse stimmt. Die Bonner

Regierungsgewalt aber stellt, wie ihre Vorbilder in der Vergangenheit, in gefährlicher Kurzsichtigkeit das Sonderinteresse der Konzerne und des Klerikalmilitarismus über alles.

Die gesellschaftliche Erneuerung jedoch, der die Bonner Regierung durch ihre Integrationspolitik entgehen will, ist ein historischer Prozeß, der nach eisernen Gesetzen sich vollzieht, beruhend auf den ökonomischen und politischen Notwendigkeiten unserer Zeit. Wir können und wollen uns hier nicht einmischen, überzeugt allerdings auch davon, daß sich die Bundesrepublik durch die Preisgabe der nationalen Einheit und Souveränität nicht aus ihrer Zeit lösen kann, wie auch die Koexistenz, wie es Walter Ulbricht in dem Gespräch mit christlichen Bürgern formuliert hat, keine Versicherungsprämie gegen den historischen und gesellschaftlichen Fortschritt bildet.

„Niemand verlangt, daß im Zuge der Überwindung des Militarismus und des Revanchegeistes in Westdeutschland und der Umwandlung der westdeutschen Bundesrepublik in einen friedliebenden, demokratischen Staat alles kopiert werden sollte, was in der Deutschen Demokratischen Republik zu tun notwendig war. Die Arbeiter Westdeutschlands, die Bauern, Wissenschaftler, die Angehörigen des Mittelstandes, alle friedliebenden Kräfte werden den eigenen Kopf anstrengen, um herauszufinden, wie in Westdeutschland am besten und mit dem größten Nutzen für das Volk und für den Frieden die friedliche und demokratische Umgestaltung durchgeführt werden kann.“

(Aus der Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrats vom 6. Juli 1961)

Insgesamt gesehen erinnert uns das Verhalten der reaktionären Kräfte in der Bundesrepublik drastisch an die Feststellung, die Ernst Moritz Arndt im Hinblick auf die Zeitgenossen getroffen hat, die in der Epoche Napoleons, als alles nach Entscheidung und Aufbruch drängte, geblendet und verwirrt in Passivität verharrten und nicht zu begreifen vermochten, was die Glocke geschlagen hatte: „Es ist ein wunderliches Gefühl, unter Leuten zu leben, die sich gar klug dünken und nicht sehen und hören können, was vor und hinter ihnen vorgeht.“

Das ist ein Satz, der heute während einer Reise durch Westdeutschland bei vieler Gelegenheit erneut geschrieben werden könnte. Und an ihn erinnerte auch die Erklärung, die der Präsident des westdeutschen Bundestages, Eugen Gerstenmaier, im Namen aller Fraktionen in der Schlußsitzung der dritten Legislaturperiode abgegeben hat.

Von dieser Erklärung sagte Walter Ulbricht in der Volkskammer, sie widerspräche

- dem Potsdamer Abkommen, — denn zugrunde liegt ihr die Bejahung der Remilitarisierung Westdeutschlands;
- dem nationalen Gedanken, — denn der erheischt gesamtdeutsche Verhandlungen, die Zusammenarbeit, wie sie in einer Friedenskommission aus Vertretern der beiden deutschen Staaten und in der deutschen Konföderation sich entfalten könnte;
- dem Frieden, — denn sie bestreitet die Gültigkeit der seit 16 Jahren bestehenden deutschen Grenzen und stellt überdies in völliger Verdrehung der Tatsachen die Westberlin-Frage, bei der es nur darum geht, eine Agenten- und Sabotagezentrale inmitten unseres deutschen Territoriums zu beseitigen, als eine weltpolitische Machtprobe ersten Ranges dar, dazu aufgeworfen, „der ersten Weltmacht“ in weltpolitischer Stunde eine moralische Niederlage zu bereiten;
- der menschlichen Vernunft, — schlägt sie doch alle Lehren der deutschen Geschichte in den Wind, auch die Lehren zweier Weltkriege, die etwa 33 Millionen Menschen mit ihrem Leben bezahlt haben.

Es ist in der Tat ein wunderliches Gefühl, aus dem Munde Eugen Gerstenmaiers zu hören, es sei höchste Zeit, daß die Schlafmützen aufwachen, — während es doch gerade die Bundesregierung ist, die dem deutschen Michel die Schlafmütze tief über die Ohren zieht, ihm jede Mitbestimmung über die deutschen Schicksalsfragen (atomare Bewaffnung, Aufrüstung, Wehrpflicht, NATO-Bündnis, Konföderation) verweigert und ihn durch ihre Politik, hinter verschlossenen Türen vollendete Tatsachen zu schaffen, um das Recht der Selbstbestimmung betrügt! Das erste Gesetz der demokratischen Selbstbestimmung ist aber, wie Walter Ulbricht vor der Volkskammer ausgeführt hat, die Sicherung des Friedens:

„Selbstbestimmung heißt, die Vorbereitung eines Krieges und den Krieg selbst unter allen Umständen zu verhindern. Wenn also in Westdeutschland von Selbstbestimmung gesprochen wird, dann müßte zuerst die Bevölkerung die Möglichkeit haben, in Volksabstimmungen über die Frage der Atomrüstung, den Rüstungsstopp und die allgemeine und vollständige Abrüstung zu entscheiden.“

Und diese Entscheidung ist um so notwendiger, als an dem Anfang der Regierung Adenauer kein überwältigendes nationales Votum steht, sondern ein Stimmenverhältnis, aus dem die Vollmachten, die Adenauer sich später herausgenommen hat, nicht abgeleitet werden können. Von den 402 Sitzen des ersten Bundestages entfielen nur 133 auf die CDU, ganze zwei mehr, als die SPD Abgeordnete zählte. Als dann am 7. September 1949 der Bundestag sich konstituierte, wurde Adenauer mit der kleinsten Mehrheit gewählt, die je ein Regierungschef auf sich vereinigte, nämlich mit einem Plus von einer Stimme, — die zudem seine eigene war.

Auf dieser Basis sind dann, verabfolgt in „kleinen“ Dosen, die Bindungen vorgenommen worden, die heute den Weg des deutschen Volkes blockieren! Nie aber — auch in keiner Wahl zum Bundestag — stand in der Bundesrepublik die Frage Frieden oder Krieg, Wiedervereinigung oder Integration, Abrüstung oder Aufrüstung zur Entscheidung. In der heutigen Situation Deutschlands können jedoch die Themen einer Volksabstimmung nicht beliebig gewählt werden, sondern sie müssen die entscheidenden Fragen betreffen, wenn es eine echte Selbstbestimmung sein soll.

II. Die Geburtswehen des Nationalstaates

Nun ist mir das Betrüblichste, daß die Deutschen nicht immer wissen, ob sie Weizen garben oder Strohbindel einfahren.

Goethe

Wie der Kampf begann

Der nationale Gedanke, der in Deutschland so schwer gestaltende Kraft gewinnen könnte und heute von der Großbourgeoisie der Bundesrepublik mit einer erstaunlichen Leichtfertigkeit selbst grundsätzlich verraten und in der politischen Praxis direkt sabotiert wird, ist noch jung und weiterhin von verbender Kraft, wie das Geschehen in Afrika und in Asien beweist.

Die Geburtsstunde der Nationalstaaten schlug in Europa mit der Französischen Revolution von 1789. In Deutschland erhielt der nationale Gedanke seine Weihe durch die Volkshebung im Jahre 1813 gegen Napoleon.

Wie hier, so waren die Volksmassen auch sonst die eigentlichen Träger des nationalen Gedankens, 1525 die Bauern, 1848 Handwerker und Arbeiter, und heute ist es wiederum die geeinte Arbeiterschaft der Deutschen Demokratischen Republik, engstens verbunden mit den in der Nationalen Front vereinten Parteien und mit den Patrioten in Westdeutschland, die führend ist im nationalen Bekenntnis und im nationalen Handeln.

Deutlich spiegelte sich dieser Sachverhalt auch in der Stellung des Reichsfreiherrn vom Stein, des Befreiers der preußischen Bauern aus der Leibeigenschaft und Begründers der städtischen Selbstverwaltung in Preußen. Weil er die Einheit ernsthaft wollte, ließ Stein jede Rücksichtnahme auf dynastische und partikularistische Interessen der Einzelstaaten fallen, überzeugt davon, „daß es zu einem deutschen Volk gar nicht kommen kann, außer durch Abtreten der einzelnen Fürsten“.

Mit dieser Haltung stieß Stein auf den erbitterten Widerstand der preußischen Aristokratie, von der das Wort in Umlauf kam: „Lieber drei Schlachten von Auerstedt als ein Steinsches Edikt.“ Also lieber drei verlorene Kriege und eine ewige Besetzung, lieber die Unterdrückung der Nation durch fremde Gewalt als soziale Reformen und Verzicht auf überlebte Vorrechte!

Das aber ist heute kennzeichnend auch für die Politik Konrad Adenauers. Auch ihm sind drei verlorene Kriege, ist die

Fortdauer der amerikanischen Besetzung bis in das neue Jahrtausend lieber als soziale Reformen oder politische Änderungen zugunsten der Umwandlung Deutschlands in einen friedliebenden Staat.

Illustriert wird das durch jene von Konrad Adenauer unterzeichneten Verträge, die die Fortdauer der amerikanischen Besetzung bis zum Jahr 2002 vorsehen. Das ist Geist von jenem Geist, der sich stets dem Fortschritt in Deutschland entgegenstellt und der 1815, 1848, 1871 und 1919 zum Schaden der gesamten Nation grundlegende Reformen verhindert hat.

Durch den Widerstand der Reaktion gegen das Reformwerk des Reichsfreiherrn vom Stein blieb es einem Deutschland begnadeter Schöpferkraft (schließlich lebten um 1800 Goethe, Schiller und Hölderlin, Ludwig van Beethoven und Mozart, Kant, Hegel und Fichte, Schleiermacher, Karl Friedrich Schinkel, Gottfried Schadow und Christian Daniel Rauch, Leo von Klenze, die Gebrüder Humboldt, Friedrich Wilhelm Herschel und Friedrich Böhler!) versagt, aus spontaner Regung heraus einen deutschen Staat aufzubauen, der die deutschen Stämme auf demokratischer Basis vereinte. Einem Staatsmann wie dem Reichsfreiherrn vom Stein, dem der Kampf gegen Napoleon nur die Vorstufe für die Errichtung des deutschen Volksstaates gewesen ist, hatte der preussische Staat nach dem Sieg nur noch eine Aufgabe als Sammler und Sichter alter deutscher Geschichtsquellen zu bieten.

Anders ist die Situation heute in dem von der Deutschen Demokratischen Republik geordneten Teil unseres gesamtdeutschen Vaterlandes. Und so konnte Prof. D. Emil Fuchs in dem bereits erwähnten Gespräch mit dem Vorsitzenden des Staatsrats mit Genugtuung darauf hinweisen, daß die Kämpfe seiner Jugend nicht vergebens gewesen sind, daß wenigstens in einem Teil Deutschlands die Vergangenheit unseres Volkes gesellschaftlich bewältigt wurde, dank der unverbrüchlichen Gemeinsamkeit aller demokratischen Kräfte, die sich in unserer Republik unter der Führung der Arbeiterklasse entwickelt hat. So entsteht durch das Werk unserer Hände jener deutsche Volksstaat, in dem jeder Bürger volle Schaffensfreiheit hat.

Das tolle Jahr des deutschen Bürgertums

Die Früchte, die unserem Volk in der Glut der Freiheitskriege nicht reiften, verwelkten sehr bald auch im Märzsturm des Jahres 1848.

Es war gewiß ein reines Feuer, das damals in den deutschen Landen aufflammte, so ganz dazu angetan, junge Herzen, die der Freiheit anhängen, zu begeistern.

Vor der Freiheit sei kein Frieden,
Sei dem Mann kein Weib beschieden
Und kein golden Korn dem Feld;
Vor der Freiheit, vor dem Siege
Seh kein Säugling aus der Wiege
Frohen Blickes in die Welt.

(Georg Herwegh, 1817–1875)

Aber – ist das Geschehen in Frankfurt und in Baden irgendwie zu vergleichen mit dem Sturm auf die Bastille oder mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution unseres Jahrhunderts? Schmerzlich das notwendige Eingeständnis, daß an dieser Revolution alles unzulänglich war, auch das Parlament, auch das Volk.

Die Aufgabe, die der deutschen Nationalversammlung von 1848 gestellt war, war eine doppelte. Erstens galt es, nach der Erschütterung der alten Gewalt den Anteil des Volkes am Regiment in den Einzelstaaten zu bestimmen, und zweitens, den Status des Gesamtreiches zu ordnen.

600 erlauchte Geister der Nation, darunter viele Professoren, hatten in den Bänken der Paulskirche Platz genommen, beratschlagend, prüfend, erwägend. Da wurde geforscht und untersucht, was vordringlicher wäre: Einheit und Macht zu gewährleisten oder Freiheit und Gleichheit. Da wurde gestritten zwischen Groß- und Kleindeutschen, zwischen Konstitutionellen und Republikanern, wurden in mühevoller Kleinarbeit Grundrechte des deutschen Volkes in Paragraphen gefaßt, wurde eine Verfassung entworfen, die dem immer noch imaginären Reich bereits eine Reichsregierung gab und verantwortliche Minister, ereiferte man sich über die Flagge der noch gar nicht vorhandenen deutschen Marine, wurde dem preußischen König die Kaiserkrone angeboten und Österreich das Amt eines Reichsverwesers.

Eines jedoch nahm man nicht in die Hand: die Eroberung der Macht, die Zertrümmerung des preußischen Obrigkeitsstaates; – eines entzog sich jedermanns Bewußtsein, nämlich, daß man in der Paulskirche auf revolutionärem Boden stand, daß man handeln mußte, wenn man bestehen, zerstören, wenn man aufbauen wollte. „Jedem, der in diese Frankfurter Atmosphäre kam, fiel es auf, wie sie die Menschen in einem Dunstkreis der Einbildung einer unwirklichen

Macht fing.“ Und so wandelte sich das, was – revolutionäre Energie vorausgesetzt – eine deutsche Revolution hätte werden können, um in ein Passionsspiel deutscher Volkserhebung.

Aber nicht lange währte das Spiel. Der dritte Akt schon brachte das Ende. Während in den deutschen Bürgerhäusern die Grundrechte im Zweifarbendruck, versehen mit einem schönen Rahmen, an die Wände gehängt wurden, mußten die Abgeordneten des deutschen Volkes, von der Ratsversammlung aus der Stadt gewiesen, Frankfurt verlassen, in Stuttgart Bajonetten weichen und schließlich in Erfurt kläglich von der politischen Bühne abtreten. So versandete eine deutsche revolutionäre Bewegung in Theorien, wurde 1848 zu einem „tollen Jahr des deutschen Bürgertums“.

Aber auch hier sind unsere Augen nicht nur rückwärts gerichtet, sondern in den Vordergrund stellen wir die Lehren, die wir aus diesem Geschehen für unsere Zeit ziehen müssen.

„Das Interesse, das wir heute der Frage entgegenbringen, warum die Revolution des Jahres 1848, mit solchen Hoffnungen begrüßt, so kläglich scheiterte, ist kein rein historisches. Die Antwort aber kann keine andere sein als diese: die Revolution, diese Organisation des deutschen Volkes zur Rettung Deutschlands, ist gescheitert, weil das Bürgertum die Revolution nicht ernsthaft gewollt hat. Es hat der Paulskirche nicht die Erkenntnis der Zeitnotwendigkeiten gefehlt; was ihr gefehlt hat, war der revolutionäre Wille. Das Bürgertum hatte die Intelligenz in die Paulskirche geschickt, nicht den Willen.“ (Karl Gebhardt, Der demokratische Gedanke)

An der Erweckung des notwendigen revolutionären Willens in unserer Zeit hat auch unsere CDU ihren vollen Anteil. Geleitet wurden wir dabei von der Gewißheit, daß, wie es Walter Ulbricht in dem Gespräch mit den christlichen Bürgern hervorgehoben hat, Sozialismus und Kommunismus in der historisch gesehen erst recht kurzen Zeit ihres Wirkens in der Weltgeschichte unendlich viel mehr für die Verwirklichung der humanistischen und sozialen Ideale und Gebote des Christentums getan haben als alle früheren Gesellschaftsordnungen zusammengenommen.

Eine erhabene Idee – unzulänglich verwirklicht

Es gibt ein bekanntes Wort, nach dem das Schicksal die Wünsche der Menschen zwar erfüllt, aber in einer anderen Form, als sie es sich vorgestellt haben und erwarten konnten.

Das gilt auch im Hinblick auf die Verwirklichung der Reichseinheit durch den Fürsten Bismarck. Die Idee der nationalen Einheit war eine erhabene, ihre Verwirklichung 1871 im Kaisersaal zu Versailles ist trotz des Glanzes der Uniformen überschattet vom Hader der Fürsten und den inneren Widersprüchen des jungen Reiches. Selbst dem Monarchen, Wilhelm I., stand die preußische Krone höher als der Kaisertitel, der ihm ein bloßer Charaktermajor war. Disharmonisch endete die historische Szene im Versailler Spiegelsaal damit, daß der neue Kaiser, als er unmittelbar nach der Proklamation in den Kreis der sonstigen Teilnehmer zurücktrat, Bismarck ignorierte und ihm die Hand verweigerte.

Von der nationalen Einheit selbst aber gilt: „Die deutsche Einheit war eine wirtschaftliche Notwendigkeit geworden. Die Bourgeoisie war daran interessiert, die Voraussetzungen für die freie Entwicklung von Handel und Industrie zu schaffen, und strebte daher die politische und wirtschaftliche Einigung des Landes an. Aber auch die Bauernschaft und Arbeiterklasse brauchten ein geeintes Deutschland, da sie die völlige Beseitigung der feudalen Verhältnisse zu erreichen suchten. Die Herbeiführung der nationalen Einheit bedeutete für die Arbeiterklasse die Schaffung der Voraussetzungen, die es ihr ermöglichten, als eine einheitliche Klasse mit einer eigenen, über das ganze Land sich erstreckenden Organisation aufzutreten.“ (Große Sowjetenzyklopädie – Deutschland)

Zufrieden mit dem, was endlich zustande gekommen war, machte nach Königgrätz und Sedan manch tapferer Mitstreiter der Märzrevolution von 1848 seinen Frieden mit Bismarck – so auch Ferdinand Freiligrath, der große Freiheitsdichter des deutschen Volkes und sprachgewaltige Vorkämpfer für die sozialistische Republik, der 1844 eine Pension, die ihm ohne sein Zutun vom König von Preußen auf Veranlassung Alexander von Humboldts gnädigst gewährt worden war, abgelehnt hatte. Ein Vierteljahrhundert nach 1848, die Jahre seitdem größtenteils fern der Heimat verbracht, heimisch in Kreisen, in denen „die heißblütigsten kommunistischen Ansichten herrschten“, stimmte der Sänger des

Wir sind die Kraft! wir hämmern jung
das alte, morsche Ding, den Staat,
die wir von Gottes Zorne sind
bis jetzt das Proletariat

das Lied von der Trompete von Gravelotte an.

Aber auch in den Reihen der Arbeiterklasse, in dem 1863 gegründeten Allgemeinen Deutschen Arbeiterverband Ferdi-

nant Lassalles und Johann Baptist von Schweitzers, kam die Neigung auf, mit Bismarck zu paktieren, ein Bündnis zwischen der preußischen Monarchie und der Arbeiterbewegung herbeizuführen, auf die Gefahr hin, dadurch den schöpferischen Kräften des deutschen Volkes die Hände zu binden und die Demokratie der Monarchie auszuliefern.

So geht der Zwiespalt in der deutschen Arbeiterbewegung, aus dem unserer Nation soviel Unheil erwachsen ist, im Bismarckreich sowohl als auch nach 1918 und nach 1945, weit zurück bis zu den Anfängen der politischen Wirksamkeit der Arbeiterbewegung.

Eine Ursache dafür ist zu suchen in dem Versuch rechtsstehender Arbeiterführer, dem notwendigen revolutionären Kampf auszuweichen.

„Lassalle und die Lassalleaner...paßten sich der Hegemonie des Junkers Bismarck an, ... Bebel und Liebknecht vertraten hingegen konsequent den demokratischen und proletarischen Weg und kämpften gegen die geringsten Zugeständnisse an das Preußentum, an den Geist Bismarcks, an den Nationalismus.“ (Lenin)

Dem Fürsten Bismarck aber blieb die Sozialdemokratie, die Vorkämpferin der notwendigen demokratischen und sozialen Neuordnung, der „Reichsfeind“, den mit allen Mitteln zu bekämpfen er nicht scheute und den er schließlich durch das Sozialistengesetz rechtlos machte. Das geschah übrigens in dem gleichen Jahr 1878, in dem der Berliner Kongreß über die Bühne ging, von dem Bismarck später gesagt hat, dieser Kongreß – auf dem die Entfremdung zwischen dem Deutschen Reich und Rußland einsetzte, nachdem bereits vorher die protektionistische Politik des Deutschen Reiches die russischen Grundherren verstimmt hatte – sei der große Fehler seines Lebens gewesen.

Der große Fehler in der deutschen Innenpolitik aber war das Versagen in der Lösung der sozialen Frage, an dem auch die Kirchen leider sehr stark beteiligt sind. Um so größer ist das Verdienst der fortschrittlichen Christen unserer Zeit, die die gemeinsame Verpflichtung der Christen und Marxisten im Kampf für den Frieden und die neue Gesellschaft erkannt haben. Einen beredten Ausdruck hat diese Gemeinsamkeit in dem Brief gefunden, den Prof. Fuchs als Einleitung des mehrfach zitierten Gesprächs an Walter Ulbricht geschrieben hat und in dem es heißt:

„Die humanistische Ethik des Sozialismus will ebenso wie der christliche Glaube den Menschen aus seiner

Gleichgültigkeit wecken und zur Verantwortung für seinen Nachbarn und das Ganze rufen.“

Denn der Weltfrieden verträgt sich nicht mit Lauheit und Gleichgültigkeit, sondern er verlangt die Mobilisierung aller Kräfte und harte Anstrengungen, wie sie in der Vergangenheit gewöhnlich nur für den Krieg gemacht worden sind.

Bismarck — ein Einwand mehr gegen Bonn

Es ist immerhin bemerkenswert, daß Bismarck nach drei siegreichen Kriegen unter dem Zwang der Situation in Europa taktischer Änderungen fähig war. Dazu aber ist Bonn nicht einmal nach zwei verlorenen Weltkriegen und der sicheren Aussicht auf eine neue totale Niederlage in einem dritten Weltkrieg fähig!

Ausgehend davon, daß mit den Kriegen zwischen 1864 und 1870 das Äußerste erreicht war, was den übrigen Mächten zugemutet werden konnte, betrachtete Bismarck das Reich als saturiert. Bestrebt, das Gewonnene zu sichern, versuchte er nunmehr, den Frieden zu erhalten, nach dem Grundsatz handelnd: „Alle Politik läßt sich in die Formel fassen: versuche, so lange zu dreien zu sein, als die Welt durch das labile Gleichgewicht von fünf Großmächten regiert wird.“

In dieser Zeit nahm Bismarck sogar gegen den Gedanken eines Präventivkrieges Stellung. „Denn einerseits war er davon überzeugt, daß ein Krieg zwischen zwei großen Nationen doch nicht mit einem Feldzug abzumachen, sondern daraus eine Serie von Kriegen entstehen werde“, und andererseits sah er in solchem Beginnen eine Bankrotterklärung der Staatskunst, „das Eingeständnis ihrer Unfähigkeit, schützende Dämme aufzurichten“. (Windelband, Bismarck und die europäischen Großmächte 1879—1889)

Das nationale Interesse Deutschlands forderte damals jedoch nicht nur Sicherheit nach außen, sondern auch den Frieden im Innern, die Lösung der sozialen Frage im fortschrittlichen Geist. Im Bunde mit den Junkern auf den großen Gütern im Osten und den Monopol- und Bankherren im Westen Deutschlands war diese Politik freilich nicht durchzuführen.

Als nach dem Ausscheiden Bismarcks aus seinem Amt seine Politik von Dilettanten und Großsprechern fortgeführt wurde, die deutschen Imperialisten ihre Hände nach China und Afrika ausstreckten und die Forderung nach mehr Lebensraum erhoben, zu einer Zeit, in der die Welt längst aufgeteilt

war, gesellten sich zu den Spannungen im Innern außenpolitische Komplikationen. Charakteristisch dafür ein preisgekröntes Flottenlied „Michel, horch, der Seewind pfeift“, das Gustav Stresemann so gut gefallen hat, daß er es zum Titel für eine während des ersten Weltkrieges erschienene Sammlung von Aufsätzen und Vorträgen nahm:

Michel, horch, der Seewind pfeift,
Auf, und spitz die Ohren!
Wer nicht jetzt ins Ruder greift,
Hat das Spiel verloren.
Wer nicht jetzt sein Teil gewinnt,
Wird es ewig missen.
Michel, horch, es pfeift der Wind,
Segel gilt's zu hissen!

Und dann aus der Schlußstrophe, verbunden schon mit der Vorahnung des „Zu spät“:

Sieh die Nachbarn! Meer um Meer
Sperren sie mit Ketten.
Michel, schärf die alte Wehr,
Rette, was zu retten!

So wird heute auch Bismarck zu einem Einwand mehr gegen Bonn. Selbst auf ihn können sich die heutigen Vertreter einer deutschen Machtpolitik nicht mehr berufen. Daran erinnerte auch Walter Ulbricht, als er am 4. Oktober 1960 in der Programmatischen Erklärung des Staatsrats feststellte:

„Seit Beginn dieses Jahrhunderts mißachteten die herrschenden Kreise Deutschlands die Hinweise eines so hervorragenden Vertreters des kapitalistischen Deutschlands wie Bismarck, der festgestellt hatte, Deutschland dürfe keinen Krieg mehr führen, da es sonst alles verlieren werde. Die in Deutschland herrschende Koalition des Monopolkapitals und der feudalen Junker wollte durch eine Neuaufteilung der Welt ihre Herrschaft auf andere Länder Europas und die Länder Vorderasiens ausdehnen. Das deutsche Volk mußte diese Politik mit der Katastrophe des ersten Weltkrieges bezahlen. Was haben diese militaristischen Kreise aus Deutschland gemacht? Wie sah Deutschland vor und nach dem ersten Weltkrieg aus? Jeder kann es aus den Landkarten der damaligen Zeit ersehen. Und was hat Deutschland durch den zweiten Weltkrieg verloren? Jeder kann das aus den Landkarten der heutigen Zeit ersehen. Wie die Landkarten nach einem dritten Weltkrieg aussehen würden, weiß kein Mensch. In Westdeutschland jedenfalls

bliebe wohl kaum eine Stelle, wo sie gedruckt werden könnten.“

So vereinigen sich die Überlegungen für morgen und die Lehren der deutschen Geschichte zu einer unüberhörbaren Mahnung, Illusionen und alten Machtvorstellungen zu entsagen, deren Realisierung nicht einmal unter den Bedingungen der Zeit um die Jahrhundertwende möglich war. Nunmehr gilt es, den nationalen Gedanken unlösbar zu verbinden mit dem Kampf für den Frieden. „Deutschlands Zukunft liegt nicht auf dem Schlachtfeld, sondern auf dem Feld friedlicher Arbeit.“ (Entschließung des 10. Parteitags)

III. Integration —

Ausdruck amerikanischer Überfremdung

Alte Pläne, nie erfüllt und noch lebendig

Von Bismarck stammt das Wort, die Geschichte beweise, daß versäumte Gelegenheiten sich in der Regel nicht wiederholen. Dem deutschen Volk jedoch bot sich mehrere Male die Chance, den Strukturfehler bei der Reichsgründung wiedergutzumachen.

Aber auch in der Wiederholung blieb die Chance ungenutzt. „Der Kaiser ging, die Generale blieben“, stellte 1918 Rosa Luxemburg nach dem Zusammenbruch der Hohenzollernmonarchie fest. Mit den Generalen blieben die Monopolherren, die reaktionäre Bürokratie und die Neigung zu deutscher Machtpolitik. So wurde sehr bald wieder aufgerüstet, zunächst im Verborgenen und dann in aller Offenheit, begünstigt durch die imperialistischen Mächte des Westens, und schließlich ein neuer Krieg vorbereitet.

Und abermals blieben die Generale, nunmehr angereichert mit reicher „Osterfahrung“, als Hitlers Krieg mit dem Zusammenbruch endete. Dieses Mal allerdings war ihr Wirkungsfeld nur noch auf einen Teil Deutschlands beschränkt. Was im Hinblick auf die Hohenzollernmonarchie gesagt wurde: „Deutschland brach zusammen, ohne daß seine herrschenden Kreise auch nur geahnt hätten, daß und in welcher Weise sie selbst das Störungswerk vollbracht haben. Sie wissen es heute noch nicht“ (Lambach), das gilt auch für die Erben Hitlers in Westdeutschland.

Vor diesem Hintergrund müssen die Auseinandersetzungen unserer Tage im geteilten Deutschland gesehen werden. Es sind die alten Kräfte, in ihrer Wesenheit und in ihren Zielen allen bekannt, die sich in der Welt in Gestalt der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik gegenüberstehen. Nur hat jetzt in der DDR das Ringen der freiheitlichen und fortschrittlichen Kräfte staatliche Gestalt gewonnen, während uns in der Bundesrepublik die reaktionären und aggressiven Kräfte gegenüberstehen.

An ihrer Spitze steht Konrad Adenauer. Auch er bewegt sich in den alten Gedanken, in Gedanken, wie sie zuvor auch von Hitler und Ludendorff gedacht worden sind. Es sind alte Vorstellungen von einer deutschen „Berufung“ zur Weltherr-

schaft, es ist der alte Glaube, daß einst am deutschen Wesen die Welt genesen wird – typisch dafür das Bekenntnis vom Januar 1960: „Ich glaube, daß Gott dem deutschen Volk in den jetzigen stürmischen Zeitläuften eine besondere Aufgabe gegeben hat, Hüter zu sein für den Westen gegen jene mächtigen Einflüsse, die vom Osten her auf uns einwirken“ – die den Bundeskanzler und seine Mannschaft narren.

Es sind alte Ziele, nie erreicht, immer in Blut erstickt, die hier dem deutschen Volk wieder abgesteckt werden. Es ist der alte traditionelle arrogante Wahnwitz der deutschen Militaristen, von dem Walter Ulbricht in der Volkskammer gesagt hat, daß schon der Versuch der Verwirklichung Krieg bedeutet, der die Forderungen der bundesdeutschen Politik charakterisiert.

Und schließlich ist der Weg Konrad Adenauers als Bundeskanzler der deutschen Bundesrepublik der gleiche, den er nach dem ersten Weltkrieg als rheinischer Separatist gegangen ist. Damals sollte das Rheinland abgesondert und zum Kern eines großen katholischen Staates gemacht werden, um die Schwerindustrie an Rhein und Ruhr den Konsequenzen der Niederlage zu entziehen und ihr auf Kosten des Ganzen, durch Verrat an Deutschland, bessere Bedingungen zu verschaffen. Was damals am Widerstand der rheinischen Bevölkerung gescheitert ist, das ist nach dem zweiten Weltkrieg Adenauer, gestützt auf die USA-Besatzung, gelungen. Im Wesen aber bedeuten die Bundesrepublik und die Konzeption der rheinischen Republik von 1919 ein und dasselbe; sie sind Produkte einer antinationalen Politik.

So drängen sich durch den Gang der bundesdeutschen Politik seit der Gründung dieses Staates auf Befehl der westlichen Alliierten, nicht zuletzt aber auch durch den Verlauf des Kölner Parteitags der Adenauer-CDU die Parallelen in erschreckendem Maße auf. Die in Köln gehaltenen Reden und Programmstellungen – und dementsprechend das Programm einer neuen Regierung Adenauer – bedeuten den endgültigen Verzicht der Bundesrepublik auf die nationale Unabhängigkeit und Eigenständigkeit, das uneingeschränkte Ja zur Machtpolitik, das Programm der vollen Entfaltung der militärischen Kräfte, verbunden mit dem Ja zur atomaren Aufrüstung, und schließlich die Vorbereitung der Diktatur gegen das Volk.

Adenauers Kölner Parteitag, ein Alarm für Deutschland

Auf dem Kölner Parteitag erklärten Bundeskanzler Konrad Adenauer:

„Die Zugehörigkeit zur NATO ist die Grundlage unserer Außenpolitik. Dazu gehört aber auch, daß wir die europäische Integration mit aller Energie vorantreiben.“

und Bundespräsident Eugen Gerstenmaier:

„Unsere Politik war und ist bewußte und gewollte Integrationspolitik. Sie war es, weil wir weder in Deutschland noch sonst in der Welt in dem souveränen Nationalstaat länger das Ziel und den letzten Sinn zu sehen vermochten.“

Beide Äußerungen sind eine Dokumentation nationaler Abdankung und ein Akt des Verrats an Deutschland. Die Bundesrepublik dem Atlantikpakt einfügen heißt, Westdeutschland aus dem nationalen Verband herauszureißen. „Integrationspolitik“ betreiben heißt Deutschland spalten!

So ist die Aktualität, die dieses Wort in Europa nach dem Hitlerkrieg erlangt hat, ein alarmierendes Zeichen. Dem Begriff nach bedeutet Integration die Vereinheitlichung, die Herstellung einer übergeordneten Ganzheit. Aber nicht darum geht es den Vätern der Integrationspolitik: um die europäische Annäherung, um die Einheit Europas, sondern um den Aufmarsch einer europäischen Staatengruppe gegen eine andere, um einen europäischen Bruderkrieg zum Nutzen der Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Europa ist mehr als ein Länderkonglomerat zwischen der Straße von Gibraltar und der Weser, zwischen dem Nordkap und Sizilien. Die Geschichte Europas ist auch von den slawischen Völkern in hervorragendem Maße mitgeformt worden: von russischen Staatsmännern und Feldherren, Dichtern und Musikern, Pionieren, die die Kultur weit nach Osten in die sibirische Tundra getragen haben, von russischen Entdeckern, Konstrukteuren und Ingenieuren, und schließlich war es W. I. Lenin, der durch die Große Sozialistische Oktoberrevolution der Menschheit, insbesondere den Armen, denen als ersten auch das Evangelium verkündet worden war, eine neue Hoffnung gegeben hat.

Und ebenso haben die anderen slawischen Völker, so die Tschechen und Polen, ihren Beitrag für Europa geleistet. So ist Europa geworden, eine Gesamtleistung der germanischen, romanischen und slawischen Völker. Wer diese Einheit negiert, der betätigt sich als Totengräber Europas!

Mit dem Blick auf Europa kann also die Integrationspolitik nicht gerechtfertigt werden. So ist das Wort Integration nicht nur ein Fremdwort, es ist auch eine den europäischen Menschen fremde Sache, unwahrhaftig in sich, lediglich dazu bestimmt, einen gefährlichen Sachverhalt zu verhüllen.

Darüber müßte man sich auch in Westdeutschland klar sein. Vor zehn Jahren schon sagte der westdeutsche Kulturpolitiker Ernst Robert Curtius von der Integration, bei diesem Begriff handele es sich um eine Nebenerscheinung amerikanischer Einflußnahme auf Europa, und die Frage sei, ob dieser Begriff nicht direkt antieuropäisch ist.

Und so ist es! Denn die Integrationspolitik fügt die Bundesrepublik in eine Allianz ein, die ihren Schwerpunkt jenseits des Atlantik hat. Um von dieser Operationsbasis aus in Europa den Kampf um die Weltherrschaft aufzunehmen, benötigen die USA, 8000 Kilometer von ihren Grenzen entfernt, Brückenköpfe und Stützpunkte. Für eine ehrenvolle Rolle Westdeutschlands ist in dieser Konzeption kein Platz.

Angeblieh soll durch die NATO die Einheit Europas erreicht werden. Tatsächlich wird jedoch durch die NATO, aber auch durch die Tätigkeit der sogenannten europäischen Organisationen, wie der Montanunion und der EWG, die nationale Souveränität dieser Länder Zug um Zug liquidiert. Unaufhaltsam ändern sich die Struktur und die Lebensatmosphäre der westeuropäischen Staaten, wird aus souveränen Ländern ein Protektorat der USA.

Solidarität mit Fragezeichen

Durch das Bündnis mit den Vereinigten Staaten stellt sich die Bonner Regierung gegen die Deutschen in der Bundesrepublik, gegen die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik, gegen die Sowjetunion, gegen Osteuropa, ja gegen Europa insgesamt. So bedeutet Integrationspolitik Verrat an Deutschland und an Europa.

Dadurch, daß sich westeuropäische Mächte gegen osteuropäische wappnen, sabotieren sie das nationale Anliegen ihrer Völker, handeln sie gegen das Interesse ihrer eigenen Nationen, die heute genauso wie wir auf Frieden, Zusammenarbeit und Entfaltung der schöpferischen Kräfte angewiesen sind.

Dadurch, daß die westdeutsche Bourgeoisie sich mit einer zahlenmäßig kleinen Schicht der amerikanischen Monopol-

herren solidarisierte, hat sie endgültig aufgehört, Wortführerin und Vertreterin der Nation zu sein. Ihr Klasseninteresse, die Fortdauer ihrer Herrschaft, den Profit aus der Ausbeutung der Arbeit, die Dividende aus Rüstungsgeschäften stellt sie höher als das nationale Interesse an der Stabilisierung des Friedens.

Integrationspolitik beinhaltet also eine tiefe Unwahrhaftigkeit. Sie spricht unausgesetzt von Vereinigung, bewirkt jedoch die Vertiefung der Spaltung und die Verschärfung der Gegensätze.

In einem „Leitfaden der ministeriellen Behandlung“ wies Bismarck in der montenegrinischen Krise der siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts eine ihm entgegengehaltene Behauptung, Europa könne hier nicht nachgeben, mit der Bemerkung zurück, er könne einen Solidaritätsbegriff Europa nicht zulassen. Unzulässig und unzulänglich ist dieser Begriff heute erst recht. Es ist eine Solidarität mit Fragezeichen; denn durch die Integrationspolitik wird noch nicht die Tatsache aus der Welt geschafft, daß die Entwicklung in Europa unterschiedlich ist.

Als im Juli 1961 die sogenannte kleine Gipfelkonferenz in Bonn tagte, die Konferenz der Ministerpräsidenten der EWG-Länder, gab es unter den Teilnehmern nach der Rückkehr in die heimatischen Hauptstädte recht unterschiedliche Auffassungen darüber, ob diese Konferenz überhaupt notwendig war, zumal, wie es der belgische Ministerpräsident offen aussprach, ein Teilnehmer ohnehin europäischen Geist habe vermissen lassen.

Auch das Teil- oder Kleineuropa, das sich in dieser Gruppierung zusammengefunden hat, bildet keine Einheit. Nicht allen ist Bonn der ideale Verbündete. Insbesondere ist in England in weiten Kreisen ein starkes Unbehagen zu erkennen, nachdem die wahren Ziele, die Konrad Adenauer verfolgt, und die Gefahren, die sich daraus für die eigene Sicherheit ergeben, langsam erkannt wurden.

Bekannt ist die Abhandlung Lenins „Über die Lösung der Vereinigten Staaten von Europa“ aus dem August 1915, die nachweist, daß die Vereinigten Staaten von Europa unter kapitalistischen Verhältnissen entweder unmöglich oder reaktionär sind. Unter kapitalistischen Verhältnissen sind die Vereinigten Staaten von Europa nach Lenin gleichbedeutend mit einem Abkommen über die Teilung der Kolonien.

Unter den heutigen Bedingungen würde es sich dabei um ein Abkommen über die gemeinsame Ausbeutung der Welt handeln, wie das auch durch den Marshallplan bestätigt wird. So empfahl ein Sonderausschuß des USA-Abgeordnetenhauses für Hilfe an das Ausland, dessen Vorsitz der spätere Außenminister Herter innehatte, den westeuropäischen Ländern am 13. Februar 1947 „die Vereinigung des Systems der Elektrizitätsversorgung Europas, des Eisenbahnnetzes und die gemeinsame Ausnutzung des Kolonialbesitzes und der Kolonialgebiete“, verbunden mit guten Worten über den Nutzen einer Zollunion.

In seiner Abhandlung erkennt Lenin an, daß selbstverständlich zeitweilige Abkommen zwischen den europäischen Ländern möglich sind. Die Frage sei jedoch, worüber. Und Lenin antwortet: „Lediglich darüber, wie man gemeinsam den Sozialismus in Europa unterdrücken, gemeinsam die geraubten Kolonien gegen Japan und Amerika verteidigen könne...“

Eine Änderung ergibt sich heute nur insoweit, als die Vereinigten Staaten mit von der Partie sind, ja geradezu die Hoffnung haben, wie es der verstorbene USA-Außenminister John Foster Dulles einmal ausgesprochen hat, durch die Aufrechterhaltung der Besetzung Westdeutschlands zu einer europäischen Macht zu werden!

Wie für die Ablehnung der Vereinigten Staaten in Europa in der jetzigen Situation ihr erster Verneiner, Lenin, eine Empfehlung ist, so stimmen uns die Befürworter dieses nach 1945 wieder aufgetauchten Begriffs mißtrauisch. War es doch Winston Churchill, der als erster die sogenannte Europa-Idee wieder aufgenommen hat.

Es ist kein Staat zu machen mit der Integration. Ihre Argumente sind eine einzige Beleidigung der nationalen Intelligenz. Man spricht vom christlichen Abendland und leistet Handlangerdienste für den unchristlichen amerikanischen Imperialismus und Monopolismus. Die Integration ist kein Umweg in die deutsche Einheit, sondern ein Irrweg tiefer in die Spaltung hinein.

Niemand brauchte Ja zu sagen

Lösbar ist die deutsche Frage nur in einer Atmosphäre internationaler Verständigung. Selbstverständlich ist die Wiederherstellung der nationalen Einheit zunächst einmal eine Aufgabe der Deutschen selbst. Wie man Freiheit nicht

dadurch erlangen kann, daß man mit Don Carlos ausruft: „Sire, geben Sie Gedankenfreiheit“, — wie die Sache der nationalen Einheit nicht dadurch vorwärts gekommen ist, daß Herder 1778 an Josef II. die Bitte richtete: „Gib uns, wonach wir dürsten, ein deutsches Vaterland“, so erfordert heute die Wiedervereinigung Aktivität in eigener Sache.

Wir Deutschen müssen die nationale Wiedervereinigung durchführen, selbstverständlich im Einvernehmen mit den Großmächten. Denn das Deutschlandproblem ist nicht nur ein nationales, sondern auch ein solches der Weltpolitik, weil seine Lösung den Frieden der Welt berührt.

Wer Integrationspolitik betreibt, hat die Wiedervereinigung abgeschrieben. Und so rühmt Konrad Adenauer sich ja auch selbst, daß er der einzige Regierungschef in Europa ist, der das Nationalinteresse überstaatlichen Bindungen untergeordnet hat.

Eine schwere Schädigung für die nationalen Interessen Deutschlands bedeutete bereits die Vereinbarung der Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder mit den westlichen Militärgouverneuren am 20. Juli 1948, im Rahmen der Londoner Beschlüsse eine politische Organisation aufzubauen, die gleichzeitig eine „solide“ Basis für Westdeutschland auf der Grundlage des Föderalismus bilde, also die Errichtung eines westdeutschen Separatstaates. „Niemand zwang diese Politiker, eine solche Haltung einzunehmen. Hätten sie nein gesagt — nichts wäre ihnen geschehen, es sei denn, daß der Jubel eines ganzen Volkes sie umdröhnt hätte. Aus freier Entscheidung sagten sie ja, um Westdeutschland in den Naturschutzpark der vom Westen hochgepöppelten Reaktion und in die Zone der Kriegsvorbereitungen gegen den Osten zu verwandeln. Ja, der Kriegsvorbereitungen ... Denn gerade am Tag vor dem Frankfurter Treffen hatte Clay in einem Kabel seiner Regierung in Washington den bewaffneten Einbruch in die Ostzone Deutschlands vorgeschlagen. Das wußten die Ministerpräsidenten. Und doch — oder gerade darum — zögerten sie nicht, die Wünsche der Clay und Robertson und ihrer Auftraggeber zu erfüllen.“ (Albert Norden, Um die Nation)

Eine Mission, die tödlich ist

Wieder stehen wir erschüttert, aber auch aufgerüttelt zu harter Gegenwehr vor dem Irrweg der Politik eines deutschen Staates.

Was hat die Bundesrepublik durch die Integrationspolitik gewonnen? Die Bundesgenossenschaft der Vereinigten Staaten, das heißt, unübersehbare Verpflichtungen, und Gelder aus dem Marshallplan, also einen leichten Anfang auf Kosten der Bewegungsfreiheit.

Aber schon immer war der Versuch, es sich leicht zu machen, eine Quelle späterer Leiden. Ähnlich haben die Arbeitslosen von 1933 die Arbeitsbeschaffung durch Hitler mit ihrem Leben und andere mit dem Verlust der alten Heimat bezahlen müssen.

Im übrigen aber gilt, und das in doppelter Hinsicht, für Westdeutschland mit dem Blick auf den amerikanischen Bundesgenossen und für die USA mit dem Blick auf Westdeutschland, die Vorsicht, die Goethe seinen Faust zu Mephistopheles sagen ließ:

Sprich die Bedingung deutlich aus,
Ein solcher Diener bringt Gefahr ins Haus.

Für die USA und die übrigen Teilnehmer der NATO besteht die Gefahr der Allianz mit der Bundesrepublik darin, daß sie durch die Bonner Ultras automatisch in einen Krieg hineinmanövriert werden. Die Bundesrepublik aber läuft Gefahr, durch die Integrationspolitik politisch, wirtschaftlich und militärisch von den Vereinigten Staaten abhängig zu werden, ausgesetzt allen Zufällen des amerikanischen Welt Herrschaftsstrebens. Zunächst macht die Integrationspolitik die Bundesrepublik zum Spekulationsfeld der amerikanischen Finanz, sodann zum Aufmarschgebiet und Waffendepot der USA, schließlich zum Schlachtfeld und Friedhof Europas.

„Die Stellung der Bundesrepublik innerhalb der NATO ist ungereimt, unnatürlich, gefährlich ... Es ist für die deutsche Zukunft verderblich, sich mit dem, fremden Mächteinteressen dienenden Antiaffekt gleichzuschalten oder sich sogar mit ihm zu identifizieren. Die Rolle, Vorfeld, Bollwerk, Magnet und Popanz gegen den Osten zu sein, ist im Nuklearzeitalter tödlich, zerreißt die Nation und betoniert die Spaltungsgrenze an Elbe, Werra und Fulda auf unabsehbare Zeit.“ (Hermann Etzel, Es ist Halbzeit, Köln 1958)

Diesen Perspektiven gegenüber müßte der Zwang zur Besinnung sich um so mehr geltend machen, als die herrschenden Kreise der Vereinigten Staaten nie ein Hehl daraus gemacht haben, daß ihre Satelliten in Europa dazu bestimmt sind, die ersten Schläge in einem neuen Waffengang „aufzu-

fangen“. Wörtlich erklärte General Marshall am 20. März 1948 in Los Angeles (in deutscher Übersetzung): „Der Tag ist gekommen, wo wir mit starken Freunden rechnen können, die den ersten Stoß des Angreifers (?) ertragen, während wir unsere letzten Maßnahmen für den Krieg treffen.“

Warum nun treibt die Bundesregierung unter Preisgabe der nationalen Interessen des deutschen Volkes dieses gefährliche Spiel? Letzten Endes geschieht alles doch nur, um sich die soziale Neuordnung vom Hals zu halten, die echte Demokratie und die Neuorientierung Deutschlands auf den Frieden.

Verschärft wird das Unglück Deutschlands dadurch, daß in einer Stunde, in der die Bundesregierung versagt, die rechte SPD-Führung zu einer wirklichen Opposition gegen die alten, reaktionären Kräfte unfähig ist. Deutlich kommt das in jener Erklärung zum Ausdruck, die der Regierende Bürgermeister in Westberlin und Kanzlerkandidat der SPD, Willy Brandt, abgegeben hat: „Die Zeiten sind vorbei, in denen der Nationalstaat der politische Höchstwert war.“

Wo ist da noch ein Unterschied?

Es ist ein Irrtum, in der Politik nicht wenden zu können

Die Aufgabe, die sich aus dem Kurs der Bundesregierung und aus der Unterstützung dieser Politik durch die SPD-Führung ergibt, ist eine doppelte. Einmal gilt es, die Gefahren aufzuzeigen, die aus der Integrationspolitik auf uns zukommen, zum anderen die Kräfte der Abwehr zu mobilisieren. Dabei sind wir überzeugt davon, daß auch in der Bundesrepublik und auch im neuen Bundestag Männer und Frauen zu finden sein werden, die sich ihrer nationalen Verpflichtung bewußt sind. Ihre Aufgabe wäre es, eine politische Änderung in der Bundesrepublik zu erzwingen.

Auch hier sei an Bismarck erinnert, der während der Beunruhigung Europas durch das österreichische Wehrgesetz davor gewarnt hat, „Maßregeln, welche man als Fehler erkannt hat, des Prinzips wegen durchzuführen. Es sei ein Irrtum, in der Politik nicht wenden zu können. Eine Wendung sei das einzige Mittel, aus einer derartigen Sackgasse herauszukommen. Schreite man in ihr weiter, werde sie immer enger und unwegsamer.“ (Windelband)

Der Weg in diese Wende historischen Ausmaßes, in eine friedliche, glückliche Zukunft Deutschlands ist gewiesen durch

den von der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik einstimmig verabschiedeten Friedensplan des deutschen Volkes und durch den Appell an alle Deutschen in Ost und West.

Aufgerufen, in der ureigensten Sache des Friedens und der Wiedervereinigung nunmehr selber zu handeln, muß jetzt jeder gutwillige Deutsche im Osten und Westen unserer gemeinsamen Heimat alle seine Kräfte einsetzen, damit der Deutsche Friedensplan verwirklicht wird, damit endlich in Abwendung von 16 Jahren westdeutscher Irrtümer und Illusionen ganz Deutschland darangeht, seine historische Mission in unserem Jahrhundert zu erfüllen.

Es gilt, eine Chance von größter Tragweite zu nutzen. Die lang ersehnte Wende in Deutschland ist möglich, denn jetzt sind die Völker am Zug. Und das ist etwas Großes. Die Völker sind nicht mehr wehrlos dem Schicksal preisgegeben, Objekte der Machtpolitik ihrer Herren, sondern sie machen selbst Politik und bestimmen, was die sozialistischen Länder betrifft, den Gang der Dinge.

„Die bewegende Kraft unserer gesellschaftlichen Entwicklung“, so konnte im Wahlauftrag für die Wahlen der Volksvertretungen in den Gemeinden, Städten und Kreisen gesagt werden, „sind wir alle — die Bürger unseres Arbeiter- und Bauern-Staates. Fleiß und Talent jedes einzelnen bestimmen das Tempo unserer Schritte.“

Fleiß und Talent bestimmen aber auch die Richtung. Als bewegende Kraft, als Pioniere eines neuen Werdens bewährten sich unsere Bürger, als sie nach 1945 in dem industrieärmsten Teil Deutschlands neue Industrierwerke aus dem Boden stampften und dieses Deutschland, das nach seiner Bevölkerungszahl an achter und nach seinem Flächeninhalt an 14. Stelle in Europa steht, in den Rang der fünf stärksten Industriemacht Europas erhoben haben. — Als bewegende Kraft erwiesen sich unsere Bürger durch die soziale Neuordnung nach dem nazistischen Zusammenbruch. Als bewegende Kraft bewähren wir uns heute durch den Aufbau des Sozialismus, durch die Erfüllung der Volkswirtschaftspläne, durch den Kampf für einen deutschen Friedensstaat.

Unverrückbar steht die Frage des Friedensvertrages mit Deutschland, steht im Zusammenhang damit die Lösung der Westberlin-Frage auf der Tagesordnung der Geschichte. Die Zeit ist reif für Entscheidungen. Von uns, den Völkern, hängt es ab, daß sich dieses Mal ein 1939 nicht wiederholt.

Dieses Mal wird nicht geschossen, sondern es wird verhandelt werden, weil ein Kampf für den Friedensvertrag niemandem einen plausiblen Kriegsgrund bietet und die Friedenskreise zu einer respektgebietenden Macht geworden sind.

IV. In Hitlers Fußtapfen

„Dieser Herr Strauß ist – das müssen wir einmal ganz klar aussprechen – gemein-gefährlich. Er gehört in eine Zwangsjacke, so wie die Göring, Himmler und Hitler rechtzeitig in eine Zwangsjacke hätten gesteckt werden müssen.“

*Walter Ulbricht vor der Volkskammer,
am 6. Juli 1961*

Wie sich die Bilder gleichen

Wie die Integrationspolitik, verbunden damit die Absage an den nationalen Gedanken, so ist des weiteren das uneingeschränkte Bekenntnis zu deutscher Machtpolitik charakteristisch für die Politik der Bundesrepublik.

Auf dem Kölner Parteitag erklärten Bundeskanzler Adenauer, er werde nur auf der Basis atomarer Stärke mit der Sowjetunion verhandeln — die er Jahre zuvor bereits als den „Todfeind“ Deutschlands bezeichnet hatte —, und Franz Josef Strauß:

„Erst wenn wir Druck ausüben können, ist die Zeit für Verhandlungen mit dem Osten reif!“

Weitere Höhepunkte eines solchen Machtdenkens bilden die Kampfansagen gegen die Oder-Neiße-Friedensgrenze, überhaupt die Verweigerung der Anerkennung der territorialen Folgen des Hitlerkrieges, die sich in der Bundesrepublik ständig wiederholen. Heinrich von Brentano, der Leiter des Außenministeriums der Bundesrepublik, führte am 28. Juni 1956 in einer Regierungserklärung vor dem Bundestag aus:

„Die Bundesregierung hat immer wieder darauf hingewiesen, daß das Deutsche Reich in seinen Grenzen von 1937 fortbesteht und daß einseitige Entscheidungen, die in den Jahren nach dem völligen Zusammenbruch getroffen wurden (— gemeint ist das Potsdamer Abkommen —), vom deutschen Volk nicht anerkannt werden.“

Nun kann Bonn zwar an den neuen Grenzen nichts ändern, — aber auch das Bemühen, dem deutschen Volk die Erkenntnis der Wirklichkeit zu erschweren, wie es z. B. durch jene ministeriellen Anordnungen geschieht, nach denen Landkarten mit den neuen deutschen Grenzen aus den Schulräumen und den Verkehrseinrichtungen entfernt und vernichtet werden müssen, ist gefährlich, weil dadurch der Blick der Nation in eine falsche Richtung gelenkt und die Bewältigung der Vergangenheit hintertrieben wird.

Aufwallungen gegen die Schlußbilanz eines Krieges, selbst eines siegreichen, sind übrigens in Deutschland nicht neu. Auch im Bismarck-Reich, das angeblich territoriale Forde-

rungen nicht mehr hatte, gab es ein Aufbegehren gegen „Rückstände“ aus voraufgegangenen Friedensschlüssen. Belfort, damals der Riegel an der Burgundischen Pforte, galt z. B. lange als ein solcher „Rückstand“, der eingetrieben werden sollte. Ferner das erzeiche Longwy, das man noch im ersten Weltkrieg in deutsche Gewalt bekommen wollte. Luxemburg, dessen Großherzog noch dem Deutschen Bund angehört hatte, war gleichfalls ein „Rückstand“. Ja, die Alldeutschen verlangten die Njemenlinie über Warschau nach Krakau, die Gründung deutscher Protektoratsstaaten von der Ostsee bis ans Schwarze Meer und den Persischen Golf als deutsches Einflußgebiet. Der Ruf nach solchen „Korrekturen“ ist jedoch kein Zeichen der Stärke, sondern nur Maßlosigkeit und ein Spiel mit dem Frieden und dem Schicksal der Nation.

In der vordersten Front dieser Hasardeure stehen heute die Führer der sogenannten „Vertriebenenverbände“. So stellte der Bundesminister Merkatz den „Vertriebenenorganisationen“ die Aufgabe:

„Die Vertriebenenorganisationen sollen dafür sorgen, daß sich die Menschen aus den Ostgebieten nicht an den mit Voldampf fahrenden Kahn der Bundesrepublik binden, sondern das Ruder in Richtung Osten lenken.“

Das heißt also, daß die Umsiedler geradezu gehindert werden sollen, in ihrer neuen Heimat heimisch zu werden.

Die Sehnsucht danach, nicht nur stark zu sein und in guter Position befindlich, sondern auch danach, Druck ausüben zu können, ist ein uraltes Anliegen der Machtpolitik. Davon eingegeben war auch der Stoßseufzer, den Stresemanns Gegenspieler in der volksparteilichen Fraktion, Geheimrat Professor Dr. Kahl, während des Kampfes gegen die Versailler Friedensbedingungen ausstieß: „Ja, hätten wir noch ein Schwert in der Hand! Dann wäre die Antwort leicht zu finden! Das ist die Meinung eines jeden ehrlichen Germanen.“ Als man dann das Schwert wieder in der Hand hatte, zeigte sich aber auch, wie gefährlich die Antwort war, die dem volksparteilichen Geheimrat so selbstverständlich gewesen ist.

Wer Druck ausüben will, will nicht verhandeln, sondern diktieren. Der mutet dem anderen von vornherein mehr zu, als er billigerweise zugestehen kann. Der will erpressen — wie Hitler in München.

Wieder ist hier Franz Josef Strauß, der ehrgeizigste, unruhigste, maßloseste und gefährlichste Politiker der Bundesrepublik, in Illusionen und Zerschmetterungsideo-

allen anderen weit voraus. Im November 1956 erklärte er auf einer CSU-Kundgebung in dem fränkischen Städtchen Hollfeld:

„Wir leben in einem technischen Zeitalter, in dem die vereinigte Stärke unserer Bundesgenossen ausreicht, um das Reich der Sowjetunion von der Landkarte streichen zu können.“

Wo ist da noch ein Unterschied gegen Hitler! Der wollte auch alles ausradieren, die englischen Städte sowohl als auch die Sowjetunion. Am 3. Oktober 1941 schon, wenige Monate nach dem verbrecherischen Überfall auf die Sowjetunion, glaubte er, daß er den Sieg in der Tasche habe, verkündete er im Berliner Sportpalast unter dem Jubel der Anwesenden, der bei dieser Feststellung nach dem Protokoll sich zu einer „einzigem großartigen Freudenkundgebung“ gestaltete:

„Dieser Gegner, die Sowjetunion, ist bereits gebrochen und wird sich nie mehr erheben.“

Derartige Prophezeiungen, die Hitler später vom Schicksal nur so um die Ohren geschlagen wurden, gibt es viele. Dreimal in seiner Rede versicherte Hitler am 20. September 1939 in dem damaligen Danzig, das Wort Kapitulation kenne er nicht. Vier Wochen später wiederum, am 10. Oktober 1939, verkündete er: „Nichts kann uns erschüttern, nichts kann uns bestürzen, und schon gar nicht zur Verzweiflung bringen.“ Und selbst nach Stalingrad noch nahm Hitler sich heraus, am 8. November 1943 im Münchener Löwenbräu die Versicherung abzugeben: „Alles ist möglich, aber daß ich die Nerven verliere, ist völlig ausgeschlossen.“

Angesichts dieser Beispiele vermögen exaltierte Äußerungen aus dem Munde eines Franz Josef Strauß nicht zu beeindrucken, sondern sie beschämen uns nur, rütteln uns aber auch auf, rechtzeitig den neuen Weg in die Katastrophe zu stoppen.

Einen neuen Beitrag dafür leistet unsere Bevölkerung mit der Wahlentscheidung am 17. September: „Am 17. September entscheiden wir: Der Friede siegt! Strauß und seine Generale kommen nicht durch!“ (Aus dem Wahlauftritt der Nationalen Front)

Musterbeispiele deutschen Selbstbetrugs

Aber auch Eugen Gerstenmaier, der Präsident des bisherigen Bundestags, hat nach seinem Können jeden Zwei-

fel darüber beseitigt, daß der deutsche Militarismus, wie es Gerald Götting auf der VI. Sitzung des Hauptvorstandes der CDU in Leipzig ausführte, Kurs auf Krieg und Revanche genommen hat. Auf dem Kölner Parteitag erklärte Eugen Gerstenmaier:

„Wiedervereinigung kommt nur in Frage, wenn Gesamtdeutschland die gleiche (also kapitalistische!) Verfassung erhält wie die Bundesrepublik und ganz Deutschland in die europäische Gemeinschaft integriert ist.“

Wie will Eugen Gerstenmaier die sozialistische Ordnung der Deutschen Demokratischen Republik beseitigen? Wie will er das einzige Deutschland, dem die Deutsche Demokratische Republik das Beispiel einer Abwendung von alten Irrwegen und die Möglichkeit einer friedlichen Existenz vorlebt, zwingen, sich der NATO zu unterwerfen? Die Kunst der Überredung dürfte hier gewiß versagen. Für das Schwert aber sind die Hände, die damit drohen, zu schwach. Es ist nichts als Selbstbetrug, wenn Bonn glaubt, heute mit Erfolg eine neue deutsche Machtpolitik durchführen zu können.

Allerdings war es schon immer das Schicksal überlebter Gewalten, daß sie die Tendenzen ihrer Zeit und die Grenzen ihrer Kraft nicht zu erkennen vermochten. Ein Musterbeispiel für solch einen deutschen Selbstbetrug bildet jener Tagesbefehl, den im Jahre 1945 der Chef des Heeres, Generaloberst Guderian, erlassen hat, während seine Divisionen unaufhaltsam den Reichsgrenzen zustrebten:

Soldaten der Ostfront!

Ihr steht in der zweiten Woche eines schweren Ringens gegen den vordringenden Feind...

Unsere Verbände an der mittleren Weichselfront bewegen sich als wandernde Kessel nach Westen und haben mit ihren Spitzen bereits die neuen Auffangstellungen erreicht... Laßt Euch nicht beirren durch die Preisgabe von Gelände. Die Führung verfolgt einen klaren Plan. Sie hat nachrichtenmäßig alle Verbände in der Hand und wird den Zeitpunkt zum Gegenschlag bestimmen.

Die Sowjets denken jetzt: Frechheit siegt! Aber eine Handvoll Männer genügt, um solche Husarenstreiche zu erledigen. Der T 34 ist nicht unüberwindlich. Unser Gelände und unsere Ortschaften bieten viele Möglichkeiten, ihn überraschend zu erledigen. Mehr als eine Woche kann dieser Spuk nicht dauern...“

Aber es waren nicht die neuen Auffangstellungen, in denen die „wandernden Kessel“ schließlich haltmachten, sondern die Lager für Kriegsgefangene im Osten. Und auch Eugen Gerstenmaier wird nicht das erreichen, was er proklamierte: die Restauration des Kapitalismus, sondern nur ein neues Beispiel der Torheit und der Illusionen geben und so Deutschland und die Evangelische Kirche diskreditieren.

Warum Bonn „Pankow“ nichts zu sagen hat

Weil die Bundesregierung bisher nicht verhandeln wollte, ebensowenig wie die Regierungen der Westmächte selbst, darum sind die Konferenzen der Außenminister seit dem Jahre 1955 ohne befriedigendes Ergebnis geblieben, konnten konstruktive sowjetische Vorschläge von den Delegationen der Westmächte, noch ehe sie der Presse richtig bekannt waren, abgelehnt werden.

Weil Bonn nicht verhandeln wollte, darum sind nicht nur sämtliche Vorschläge der Regierung der DDR von der Bundesregierung unbeantwortet geblieben, sondern es ist nicht einmal zur Überreichung eigener Vorschläge gekommen.

Bonn hat „Pankow“ nichts zu sagen, weil es im Grunde seines Herzens nicht sprechen, sondern schießen will. In der Sitzung des Bundestags am 20. März 1958 erklärte Dr. Reinhold Maier nach einer Rede des Bundes„verteidigungs“ministers Franz Josef Strauß:

„Dem Herrn Bundesverteidigungsminister würde ich kein Feldgeschütz anvertrauen; denn wer so spricht wie der Herr Bundesverteidigungsminister, derschießt auch. Das war so gar nicht mehr die Rede eines Staatsmannes, sondern das war eine Rede von Krieg und Kriegsgeschrei... Heute haben wir hier nicht den Verteidigungsminister einer eben in der Aufrüstung begriffenen Bundesrepublik gehört, sondern wir haben den Reichskriegsminister gehört. Und es ist die Rede gewesen von Größenwahn. Das war nicht mehr die Sprache eines friedlichen Staatswesens, sondern das war die Sprache eines hochgerüsteten Militärstaates.“

Die Richtigkeit dieser Analyse hat Strauß selbst bestätigt, indem er ein Jahr später, im April 1959, in einem Artikel in der USA-Zeitschrift „Foreign Affairs“ ausführte, drei Gedanken seien für seine Politik bestimmend: die Notwendigkeit von Waffen, die Bereitschaft, auch Gebrauch von ihnen zu machen, und eine Gele-

genheit, die in der öffentlichen Meinung die Anwendung der Waffen als „gerechtfertigt“ erscheinen lasse.

Diesem Treiben zu wehren ist ein Gebot nationaler Verantwortung. Ein Ausdruck dieser Verantwortung ist auch die Erklärung, die Walter Ulbricht als Vorsitzender des Staatsrats vor der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik am 6. Juli 1961 abgegeben hat und in der es heißt:

„Es geht also darum, die jeder Vernunft baren Revanche-politiker, Hitlergenerale und Ultras und ihre Gesinnungs-genossen und Helfershelfer daran zu hindern, Europa in Brand zu stecken. Dann wird der Frieden gesichert, und auch die Verständigung der beiden deutschen Staaten über ihre Wiedervereinigung wird leichter möglich sein. Ohne diesen Kräften des Militarismus die Zwangsjacke anzulegen, ist jedes Bemühen um Wiedervereinigung hoffnungslos.“

Denken ist die erste Bürgerpflicht

Zur Voraussetzung hat die Konzeption der Bundesrepublik die Bereitschaft zum deutschen Bürgerkrieg und zum dritten Weltkrieg. Dieses Risiko hat man einkalkuliert. Aber auch hier gilt das Wort von Clausewitz: „Es gibt keine menschliche Tätigkeit, welche mit dem Zufall so beständig und so allgemein in Berührung stände als der Krieg. Mit dem Zufall aber nimmt das Ungefähr und mit ihm das Glück einen großen Platz in ihm ein.“ Wie könnten da die Bonner Spekulationen auf einen besseren Ausgang eines dritten Weltkrieges Vertrauen erwecken!

Aber nicht erst im Krieg, – vorher schon wird sich erweisen, daß die Politik der „Stärke“ deutschen Interessen entgegen ist. Die Ernüchterung über diesen Kurs ist in Westdeutschland unvermeidlich. Und als Folge der Ernüchterung muß es zur Abwendung von den verhängnisvollen Irrwegen kommen. Eine Regierung, die ständig gegen die politische Logik handelt und sowohl die geographische Position ihres Landes als auch die Lehren der Geschichte mißachtet, wird mit ihrer Konzeption unweigerlich scheitern. Und das um so schneller, je entschiedener die friedliebenden Kräfte an diesem Prozeß teilnehmen und dazu beitragen, die deutsche Initiative zur Lösung der deutschen Frage zu entfalten.

Den Weg dazu weist der Deutsche Friedensplan, der die Konzeption weiterentwickelt, die bereits im Deutschlandplan des Volkes enthalten war. Von den drei Alternativen, die der Deutschlandplan aufzeigte,

entwickelt er die, die allein zu realisieren ist, die Initiative für Verständigung und Frieden:

„Durch den Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten werden endgültig die Reste des zweiten Weltkrieges liquidiert. Dem dritten Weltkrieg wird ein Riegel vorgeschoben. Der westdeutsche Militarismus wird ausgeschaltet. Die Verständigung der deutschen Arbeiter in Ost und West und der beiden deutschen Staaten erfolgt auf der Grundlage eines nationalen Kompromisses, der nicht nur für die Arbeiter in Westdeutschland und in der DDR, sondern auch für die anderen Klassen und Schichten der Bevölkerung bis hinein in die Kreise der westdeutschen Bourgeoisie annehmbar ist. Das ist der einzig mögliche Deutschlandplan jedes vernünftigen und verantwortungsbewußten Deutschen. Er ist der Deutschlandplan des Volkes.“

Wer sich solchen Verhandlungen entzieht, handelt gegen das nationale Interesse. So ist heute die erste Bürgerpflicht, wie es Walter Ulbricht in seiner Antwort an den Außenminister der Vereinigten Staaten, Rusk, auf dem Forum im VEB Chemische Werke Buna am 26. Juni 1961 hervorgehoben hat, denken lernen:

„In der kapitalistischen Gesellschaft gab es einen Ausspruch: Ruhe ist die erste Bürgerpflicht! Wir sind jedoch der Meinung, daß dieser Ausspruch für unsere sozialistische Gesellschaftsordnung nicht geeignet ist, und wir ersetzen ihn durch den Leitsatz: Denken ist die erste Bürgerpflicht!“

Das gilt es zu beherzigen, dieses „Denken lernen!“ Und ebenso die weitere Feststellung, daß das Nachdenken komplizierter ist, als sich passiv zu verhalten. In einer denkenden deutschen Nation aber wird sich endlich auch eine Atmosphäre herausbilden, in der Wahn und Illusion, in der ein Franz Josef Strauß nicht mehr gedeihen können, weil jedermann sich über die Konsequenzen einer Kriegspolitik klar wird.

In seinem 1921 erschienenen Buch „Modern Democracies“ schrieb ein Politiker der Vereinigten Staaten, James Bryce:

„Eine Demokratie, die bloß gelernt hat zu lesen und nicht auch nachzudenken und zu urteilen, ist durch Fähigkeit zu lesen nicht besser daran.“

Mit Genugtuung kann unsere Republik für sich in Anspruch nehmen, daß sie ihren Bürgern nicht nur die Fähigkeit vermittelt, lesen zu können, sondern sie auch denken lehrt und sie durch die Heranziehung zur Mitarbeit in der

Führung des Staates und der Wirtschaft instand setzt, demokratisch zu leben.

In dem Gespräch der von Prof. Fuchs geführten Delegation mit Walter Ulbricht traf Superintendent Falk die Feststellung: „Der Christ ist Zeuge.“ Und er hat weiter ausgeführt, daß wir in unserer Zeugenschaft gefordert sind, daß das Positive genug ist, das wir sagen können.

Das erste Zeugnis aber, das wir ablegen müssen, ist, daß unsere DDR in Zusammenarbeit mit den anderen sozialistischen Ländern die Voraussetzungen dafür schafft, daß die der Zeit zwischen 740 und 700 v. Chr. entstammende Vision des Propheten Jesaja:

Dann werden sie Schwerter zu Pflugscharen und Spieße zu Sicheln machen, denn es wird kein Volk gegen das andere ein Schwert aufheben, und man wird nicht mehr Krieg führen —

und die Hoffnung auf eine Zeit, in der „alle Rüstung derer, die sich mit Ungestüm rüsten, und die blutigen Kleider verbrannt werden“, Wirklichkeit wird. So hat der Christ im sozialistischen Staat ein festes Fundament für ein Leben der Nächstenliebe gewonnen.

V. Notstandsgesetzgebung —
eine Demaskierung der Bonner Demokratie

*Ihr könnt das ganze Volk eine gewisse Zeit
und einen gewissen Teil des Volkes die ganze
Zeit übertölpeln, aber nicht das ganze Volk
die ganze Zeit.*

Abraham Lincoln (1809—1865)

Lügen haben kurze Beine

Aus dem Charakter der Politik Adenauers ergibt sich, daß sie nur mit Rauchvorhängen und Verschleierungen arbeiten kann, weil sie die Wahrheit scheuen muß. Zur Politik der Integration und der Stärke gehört deshalb die öffentliche Irreführung. Das Bekanntwerden der Wahrheit, des tatsächlichen Sachverhalts und der Konsequenzen der bundesdeutschen Politik müßte eine moralische Erschütterung in der Bundesrepublik hervorrufen und sehr schnell zur Ernüchterung und damit zur Abwendung von der Politik Adenauers führen.

Als am 21. März 1958 im Bundestag die atomare Ausrüstung diskutiert wurde, äußerte der SPD-Abgeordnete Erlers, die Aussprache habe ihn an eine

„für unser Volk einstmals schreckliche Lage erinnert, als ein Mann, den wir alle als Verderber der Nation kennen, vor eine große Kundgebung in der damaligen Reichshauptstadt trat und sagte: „Wollt Ihr den totalen Krieg?““

Ähnlich äußerte sich am nächsten Tag Erlers Fraktionskollege Helmut Schmidt:

„Gestern und vorgestern ist hier im Stil Wilhelms II. geredet worden. In dieser Bundesrepublik wird überhaupt sehr viel im wilhelminischen Stil geredet... Damals sprach man vom Erzfeind Frankreich. Unser heutiger Bundeskanzler spricht vom Todfeind Rußland.“

Und zu diesem Stil gehört vor allem die Fortsetzung der Irreführung des Volkes.

Daß er den Krieg wollte, hat Hitler schon in seinem Buch „Mein Kampf“ klar ausgesprochen, ja, er nahm sich geradezu ein moralisches Recht auf Eroberung heraus. Der Boden gehöre dem Volk, so ließ er sich vernehmen, das die Kraft habe, ihn zu nehmen. Und Hitler war auch so offen, zu sagen, wo er diesen Boden zu nehmen gedachte, „nicht in Kamerun, sondern in Europa“, und schließlich noch exakter: in der Sowjetunion.

„Wollte man in Europa Grund und Boden“, so schrieb Hitler in einem Rückblick auf die Bündnispolitik der kaiserlichen Regierungen, aus der er Lehren ziehen wollte, „dann

konnte dies im großen und ganzen nur auf Kosten Rußlands geschehen, dann mußte sich das neue Reich wieder auf der Straße der einstigen Ordensritter in Marsch setzen, um mit dem deutschen Schwert dem deutschen Pflug die Scholle, der Nation aber das tägliche Brot zu geben.“

Und selbst noch auf den Trümmern seines Reiches, in den letzten Wochen seines Lebens, phantasierte Hitler: „Nach Osten, immer nur nach Osten müssen wir unseren Geburtenüberschuß lenken, das ist die einzige und die durch die Natur gewiesene Richtung für die Expansion der Germanen“, und schließlich in seinem Testament vom 23. April 1945: „Die Aufgabe ist und bleibt für das deutsche Volk, Raum im Osten zu gewinnen.“

Stets hat Hitler als Ziel eines Bündnisses ausschließlich den Krieg betrachtet: „Völkerschicksale werden fest aneinandergeschmiedet nur durch die Aussicht eines gemeinsamen Erfolges im Sinne gemeinsamer Erwerbungen, Eroberungen, kurz einer beiderseitigen Machterweiterung... Ein Bündnis, dessen Ziel nicht die Absicht zu einem Krieg umfaßt, ist sinn- und wertlos.“

Und genauso denken Konrad Adenauer und die Propagandisten seiner Politik! So lehnte der Adenauer nahestehende „Rheinische Merkur“ für einen Staat in der Lage der Bundesrepublik, der territoriale Forderungen habe, Neutralität grundsätzlich ab; „er müsse sich zwangsläufig an eine Staatengruppe anschließen, die seine Gebietsansprüche zu befriedigen vermöge“ (zitiert nach Dzelepy, Der Mythos um Adenauer).

Man sollte meinen, daß damit jedermann gewarnt sein müßte, genauso wie er gewarnt war, als Hitler seine Gedanken zu Papier gebracht hatte. Denn damit hatte er klar gestellt, wessen man sich von ihm zu versehen hatte.

Trotzdem versuchte Hitler nach der Machtübernahme zunächst, zur Tarnung seiner wahren Ziele den Anschein zu erwecken, als strebe er letzten Endes nur den Frieden an. Und noch inmitten der Kriegsvorbereitungen gegen Polen im Jahre 1939 überraschte er die Welt, allerdings an einem 1. April, mit der Erklärung, „vor drei Wochen“ habe er beschlossen, den neuen Parteitag als Parteitag des Friedens nach Nürnberg einzuberufen.

Wie wenig Konrad Adenauer Hitler an Verschlagenheit nachsteht, zeigt sich z. B. darin, daß der Bundeskanzler, der verantwortlich ist für die Remilitarisierung der Bundesrepublik, am 29. September 1946 folgendes erklären konnte:

„Wir sind einverstanden, daß wir völlig abgerüstet werden, daß unsere reine Kriegsindustrie zerstört wird, daß wir nach beiden Richtungen hin einer langen Kontrolle unterworfen werden, ja, ich will noch weiter gehen, ich glaube, daß die Mehrheit des deutschen Volkes einverstanden wäre, wenn wir ... völkerrechtlich neutralisiert würden.“

Aber auch später äußerte sich Adenauer mehrmals in diesem Sinne, so am 5. Dezember 1949, an dem er erklärte:

„In der Öffentlichkeit muß ein für allemal klargestellt werden, daß ich prinzipiell gegen eine Wiederaufrüstung der Bundesrepublik Deutschland und damit auch gegen die Errichtung einer neuen deutschen Wehrmacht bin.“

Hinter den Kulissen aber betrieb Adenauer bereits zu dieser Zeit das, was er feierlich abgeschworen hatte, die Aufstellung einer neuen westdeutschen Armee.

Allerdings verläßt sich Adenauer nicht nur auf die Wirkung der Lüge, darauf, daß die Erregung über befremdende Maßnahmen nach vier Wochen ohnehin wieder abklingt, sondern er ist auch bemüht, der Gefahr einer Ernüchterung vorzubeugen. Und dem dient die Vorbereitung einer Notstandsgesetzgebung, der Grundlage für eine offene Diktatur gegen das Volk.

Drohend erklärte Bundesminister Schröder auf dem Kölner Parteitag:

„Wir werden die Gegner unserer Ordnung noch härter bestrafen. Die Bundesrepublik wird sich im Ernstfalle, so bedauerlich das sein mag, auf den Notstandsvorbehalt der alliierten Streitkräfte einerseits und auf das übergesetzliche Notstandsrecht andererseits stützen müssen.“

Und auch hier wieder fehlt der SPD der Mut zur Opposition. So erklärte Willy Brandt auf dem SPD-Wahlkongreß:

„Wir brauchen Härte gegen alle Feinde der Demokratie. Wir werden für den Fall von Notständen vorsorgen.“

Im gleichen Sinne hatte sich übrigens im Januar 1960 bereits der SPD-Abgeordnete Erler geäußert, der die grundsätzliche Bereitschaft seiner Partei zur Mitarbeit an der Notstandsgesetzgebung in Aussicht gestellt hatte.

Auch dieses Verhalten erinnert unrühmlich an die Weimarer Republik. Trotz der aufrüttelnden Parole Ernst Thälmanns: „Hitler, das ist der Krieg!“ ist damals durch keine so eindringliche Warnung der Gang der Dinge zum besseren gewendet worden. Heute allerdings ist die Situation eine andere.

Nicht nur, daß die Gefahren uns klar sind, sondern die Kräfte des Friedens sind dieses Mal aktionsfähig.

Aber auch die Vorbereitung einer Notstandsgesetzgebung ist kein Zeichen der Stärke, sondern ein Symptom der Schwäche, ein Ausdruck des bösen Gewissens. Die Notstandsgesetzgeber fürchten die Früchte ihrer Taten. Die Regierung der Notstandsgesetzgebung fürchtet das Volk. Aber auch für die Gegner der Friedenspolitik und der deutschen Wiedervereinigung gilt der diesem Abschnitt vorangestellte Anspruch Abraham Lincolns.

Abraham Lincoln selbst ist ein Beweis dafür, was Lüge und Verleumdung eine gewisse Zeit hindurch vermögen. Als er, 1860 zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt, sein Amt antrat, hatten sich elf Staaten des Südens von der Union getrennt und den Krieg gegen den Norden eröffnet, weil sie sich dem sozialen Fortschritt widersetzen wollten, nämlich der Aufhebung der schmachvollen Negersklaverei. Unter dem Druck der Linken und gezwungen durch den Verlauf des Krieges erließ Abraham Lincoln am 29. September 1862 jene historische Befreiungsakte, durch die ab Januar 1863 vier Millionen schwarze Sklaven, ohne daß ihren Herren eine Entschädigung gezahlt wurde, die Freiheit erhielten. Und dieses Befreiungswerk konnte weder durch den Krieg, den größten, der je auf amerikanischem Boden durchgekämpft worden ist und in vierjähriger Dauer eine Million Tote gefordert hat, noch durch den individuellen Terror der Gegner des Fortschritts rückgängig gemacht werden.

Und auch heute kann weder Gewalt noch eine sogenannte Notstandsgesetzgebung die Entwicklung aufhalten. Uns aber zeigt die Notstandsgesetzgebung, daß die bundesdeutsche Demokratie nur eine Fassade ist, ein Dekorationsstück für die Zeit des Sonnenscheins unter dem Wohlstandshimmel.

VI. Wellenbrecher der Kriegshetze

*Und handeln sollst du so, als hinge von dir
und deinem Tun allein das Schicksal ab der
deutschen Dinge, und die Verantwortung wär
dein.*

Johann Gottlieb Fichte (1762—1814)

Der Sieg des Volkes wird die Regel

Während die Bundesregierung durch die Politik der Integration und der Stärke Verrat am deutschen Volk übt und durch die Vorbereitung einer Notstandsgesetzgebung die Aufhebung der Demokratie in die Wege leitet, geht die Deutsche Demokratische Republik konsequent den Weg eines Vorkämpfers für Einheit und Frieden, als Wahrer und Träger des nationalen Gedankens in Deutschland.

Den stärksten Ausdruck unserer nationalen Verantwortung bildet die klare und entschiedene Position, die alle Parteien der Deutschen Demokratischen Republik in der Frage „Frieden oder Krieg“ einnehmen. Denn diese Frage betrifft das zentrale Problem unseres Lebens. Alle Anstrengungen, die einer unternimmt, sei es für sich, sei es durch die Mitarbeit in Staat und Wirtschaft, sind in ihrem Erfolg davon abhängig, daß der Frieden erhalten bleibt. Ohne den Frieden reifen uns keine Früchte unseres Fleißes.

Der Verzicht auf den Krieg ist das A und O unserer Zeit, weil der Krieg nicht mehr eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist, wie es Clausewitz für seine Zeit darstellen konnte, sondern den Bankrott der Politik bedeutet. Nunmehr sind die gesellschaftlichen Voraussetzungen für eine Welt ohne Krieg gegeben. Der Krieg ist uns nicht mehr Schicksal, sondern ein Werk von Menschen und damit etwas, was von Menschen verhindert werden kann.

„Heute können die Versuche der imperialistischen Aggressoren, einen Krieg zu entfesseln, durchkreuzt werden. Das sozialistische Weltlager, die internationale Arbeiterklasse, die nationale Freiheitsbewegung, alle Länder, die gegen den Krieg auftreten, und alle friedliebenden Kräfte können durch vereinte Bemühungen einen Weltkrieg verhindern.“

(Moskauer Erklärung der Vertreter der kommunistischen und Arbeiterparteien)

Als 1914 über Europa sich Gewitterwolken zusammenbrauten, heizten die Mächte gegenseitig das Kriegsfeuer an. Kriegerische Parolen hier fanden ihr Echo drüben. Und so steigerte man sich gegenseitig in den Krieg hinein. Heute dagegen ist ein Wellenbrecher vorhanden. „Zum erstenmal

in der Geschichte wird der Kampf gegen den Krieg von großen und organisierten Kräften geführt“, heißt es in der Moskauer Erklärung.

Und dieser Block starker, friedliebender Mächte ist ein Faktor der Stabilisierung. Er sperrt den Organisatoren eines neuen Krieges den Weg und erzwingt noch im Moment höchster Erregung die Besinnung. Eine Probe aufs Exempel bedeutet hier der Verlauf der Suez-Aggression. Die Warnung, die von der Sowjetunion aus erging, reichte aus, das Kriegsfeuer noch auszutreten, als die Flammen bereits emporzügelten.

Kräftig geltend gemacht, hatte der Volkswille auch in der Vergangenheit schon seine Bedeutung. Hervorragende Beispiele unüberwindlicher Volkskraft bilden für alle Zeiten das Scheitern Napoleons an den spanischen Guerillas und die Niederlage des Korsen 1812 in Rußland. Was damals eine Episode war, eine heroische Aufwallung, das wird heute zum Bestandteil einer organischen Entwicklung. Der Sieg des Volkes ist in unserer Zeit kein Ausnahmefall mehr, sondern er wird die Regel, weil die Friedenskräfte nicht mehr zersplittert und isoliert sind.

Die zwei Seiten der Wiedervereinigung

Zum anderen erweist sich die Deutsche Demokratische Republik als Träger des nationalen Gedankens durch ihre Initiative und Beharrlichkeit in der Frage der deutschen Wiedervereinigung. Notwendig dabei ist, das Problem der deutschen Wiedervereinigung in seinen zwei Wesenszügen zu erkennen, in seiner nationalen und seiner internationalen Bedeutung.

„Die Sache der Wiedervereinigung“, so äußerte Walter Ulbricht im Interview mit W. R. Hearst, „hat doch zwei Seiten: Wiedervereinigung, um leichter Krieg führen zu können – das ist die Linie der westdeutschen Ultras; Wiedervereinigung, um das für immer friedliche und demokratische Deutschland zu schaffen – das ist unsere Politik.“

Eine Wiedervereinigung, um leichter Krieg führen zu können, das ist ein Schritt zurück in das alte Verhängnis der deutschen Geschichte. Eine Wiedervereinigung zugunsten eines friedlichen und demokratischen Deutschlands aber führt uns vorwärts in eine glückliche Zukunft.

Hier sei an ein Gespräch mit westdeutschen Wissenschaftlern am Rande der Genfer Außenministerkonferenz im Som-

mer 1959 erinnert. Es müsse doch wohl seine Ursache haben, äußerten die Wissenschaftler, wenn die deutsche Frage niemals eine wirkliche Lösung gefunden habe, weder 1919, noch 1871, noch 1848. Und diese Ursache erblickten sie darin, daß es mit der Herstellung der nationalen Einheit allein nicht getan ist. Über die nationale Einheit hinaus erfordere die ungestörte Entwicklung Deutschlands noch etwas mehr, nämlich die Orientierung auf den Frieden. Erst durch die Verbindung des nationalen Gedankens mit dem Friedensgedanken könne dem deutschen Land eine harmonische und ungestörte Entwicklung gewährleistet werden.

Es ist das geschichtliche Verdienst der Deutschen Demokratischen Republik, daß sie diesen Zusammenhang erkannt und die Verbindung des nationalen Gedankens mit dem Friedensgedanken vollzogen hat, wie das so überzeugend in den Vorschlägen für ein Abkommen des guten Willens zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik und in den Empfehlungen für die Bildung einer deutschen Friedenskommission zum Ausdruck kommt.

Der Deutsche Friedensplan weist uns den Weg

Mit dem Deutschen Friedensplan, der auch Gedanken des verstorbenen westdeutschen Botschafters Pfeleiderer, der Bruderschaften der Bekennenden Kirche, des Altreichskanzlers Wirth, der Paulskirchen-Bewegung gegen die atomare Bewaffnung und des Deutschlandplans der SPD wieder aufgreift, hat die Deutsche Demokratische Republik dem deutschen Volk den Weg in die nationale Einheit und den Frieden gewiesen und eine entscheidende nationale Tat für ganz Deutschland vollbracht.

In Beherzigung der Lehren der deutschen Geschichte, unter Berücksichtigung der Entwicklung des nationalen Gedankens durch die Jahrhunderte hindurch kann nunmehr das Vermächtnis der deutschen Patrioten aller Zeiten seine Erfüllung finden, kann Deutschland geeint und im Frieden seine Zukunft gestalten. In der Haltung diesen Vorschlägen gegenüber erweist sich, inwieweit es jedem mit der nationalen Einheit und mit dem Frieden ernst ist.

*„Der Frieden braucht ein jedes Herz und jede Hand.
Jeder ist gerufen. Mit dem Friedensvertrag zu Frieden*

*und Einheit der Nation! Mit dem Sozialismus zum
Glück des Volkes!“*

*(Ruf des Hauptvorstandes der CDU an die christlichen
Demokraten)*

Der Friedensvertrag mit den beiden deutschen Staaten ist im Jahre 1961 die alles überragende Aufgabe. Der Friedensvertrag ist notwendig, weil 16 Jahre nach der Beendigung des Kriegs nicht mehr gewartet werden kann, und das um so weniger, als die unheilvolle Rückwärtsentwicklung in Westdeutschland, wie sie sich in der Remilitarisierung, in dem Griff nach atomaren Waffen, in den alten Generälen in neuer verantwortlicher Position zeigt, Entscheidungen erzwingt. Jetzt muß der Schlußstrich unter den Hitlerkrieg gezogen, das glimmende Feuer eines dritten Weltkriegs ausgetreten werden.

*„Es darf kein dritter Weltbrand aus der Asche des
letzten Kriegs entfacht werden. Gemeinsam haben wir
die Kraft, den Frieden in Deutschland zum Triumph
zu führen. Der Deutsche Friedensplan weist uns den
Weg dazu.“*

*(Ruf des Hauptvorstandes der CDU an die christlichen
Demokraten)*

Das Zustandekommen des Friedensvertrages ist kein formaler Akt, er setzt nicht Federn in Bewegung, sondern er ist eine große Leistung konstruktiver, schöpferischer Politik, ein Akt nationaler Befreiung. Der Friedensvertrag mit den beiden deutschen Staaten ist der entscheidende Schritt zur Bewältigung der Vergangenheit in ganz Deutschland und zur Begründung einer gesicherten deutschen Zukunft. Es wird licht über ganz Deutschland, wenn beide deutsche Staaten auf atomare Waffen verzichten, auf Rüstungsprogramme, die riesige materielle Aufwendungen erfordern, Menschen der Produktion fernhalten und die Herzen beschweren, und Vereinbarungen über Ausrüstung und Standorte der beiderseitigen Truppen getroffen werden.

*„Wir tragen Verantwortung für Deutschland, für unsere
ganze Nation. Über eineinhalb Jahrzehnte freudiger,
aber auch opferbereiter Aufbauarbeit für den Frieden
geben uns das Recht, den Friedensvertrag für ganz
Deutschland nicht nur herbeizusehen, sondern zu
fordern.“*

*(Ruf des Hauptvorstandes der CDU an die christlichen
Demokraten)*

Der Friedensvertrag schafft Klarheit über das Statut Deutschlands, löst Deutschland aus den NATO-Verpflichtungen und befreit Europa von dem Alpdruck des westdeutschen Militarismus. Ein militärisch neutrales Deutschland wird zur Keimzelle des Weltfriedens. Denn die territorialen Forderungen der Bundesrepublik sind zum Hindernis für die friedliche Entwicklung der Welt geworden. Die Fixierung der Grenzen im Friedensvertrag beseitigt lähmende Zweifel und schafft Klarheit nach innen und außen.

Wir haben gewiß volles Mitgefühl für die Menschen, die im Hitlerkrieg die alte Heimat verloren haben. Aber die Verantwortung für diese Grenzen fällt auf Hitler. Gegen ihn hätte die alte Heimat verteidigt werden müssen.

„Es wäre für das deutsche Volk ein Segen, wenn die Grenzen möglichst bald in einem Friedensvertrag fixiert würden. Damit würde der Revanchepolitik der Boden entzogen.“

(Walter Ulbricht vor der Volkskammer)

Der Friedensvertrag beendet die Entfremdung der beiden deutschen Staaten und öffnet das Tor in die Wiedervereinigung. Schrittweise ist es zwischen 1945 und 1961 immer tiefer in die Spaltung hineingegangen, schrittweise muß nunmehr die Entfremdung überwunden werden. Jede Frage wird lösbar, wenn die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik miteinander sprechen und nach gemeinsamen Wegen suchen. Der wirtschaftliche und kulturelle Austausch, die sportliche Betätigung in ganz Deutschland, der freie Reiseverkehr — alles ist lösbar, wenn deutsche Interessen höher bewertet werden als die Zumutungen der amerikanischen Politik.

„Wir kennen die ganze Größe der drohenden Gefahr. Wir wollen, solange es noch Zeit ist, diese Gefahr für unser Volk bannen. Wir bieten Frieden, nichts als Frieden. Uns geht es um den Frieden und das Glück unseres Volkes, das allein ist die Richtschnur unseres Handelns.“

(August Bach vor dem Hauptvorstand)

Der Friedensvertrag entfernt alle fremden Truppen vom deutschen Boden; er beseitigt damit die Erinnerung an den Krieg und gibt beiden deutschen Staaten die volle Souveränität zurück.

Der Friedensvertrag bringt die Lösung des Westberlin-Problems und beseitigt damit eine ernsthafte Störung des

guten Einvernehmens. Das deutsche Volk, die deutsche Unabhängigkeit, die deutsche Freiheit benötigen keine Agenten- und Spionagezentralen mitten im Territorium der Deutschen Demokratischen Republik.

So ist der Friedensvertrag mit den beiden deutschen Staaten die alles überragende Aufgabe in dem Jahr, in dem wir stehen. Aber der Friedensvertrag ist auch dann ein gewaltiger Schritt vorwärts, wenn durch den Widerstand der Bundesrepublik und der Westmächte statt einer Maximallösung ein Friedensschluß allein mit der Deutschen Demokratischen Republik erfolgt. Denn auch so stärkt der Friedensvertrag die Kräfte des Friedens, erhöht er die Bewegungsfreiheit des deutschen Friedensstaates, bringt er die Umwandlung Westberlins in eine Freie Stadt. Damit wäre ein Banner aufgezogen, um das alle die sich sammeln können, die ehrlich den Frieden wollen.

„Wir wollen das Selbstbestimmungsrecht für ganz Deutschland. Die Entscheidung über Krieg oder Frieden, Atomrüstung oder Beseitigung der Aggressionsgefahr, über Menschlichkeit oder Unmenschlichkeit muß nicht nur in der DDR, sondern auch in der deutschen Bundesrepublik unverfälscht im Sinne des Friedens und der Humanität getroffen werden können.“

(Ruf des Hauptvorstandes der CDU an die christlichen Demokraten)

Atomkrieg und die Bibel sind nicht vereinbar

Dem Geist nationaler Verantwortung entspricht auch das Ringen unserer Partei um die christliche Bevölkerung. Nach dem Ausbruch des ersten Weltkriegs versuchte ein englischer Theologe, einen neutralen Standpunkt einzunehmen. Der Krieg, so erklärte er, sei ein Moratorium der Bergpredigt. Aber gerade in der Frage „Frieden oder Krieg“ gibt es für den Christen keine Neutralität, kein zeitweiliges Aussetzen der Verantwortung. Der Christ muß Friedenskämpfer sein, wie es so oft in Dokumentationen unserer CDU klar gestellt worden ist.

Nach dem bitteren Versagen vieler Christen in der sozialen Frage des 19. Jahrhunderts darf es in der entscheidenden Frage unserer Gegenwart, der Frage „Krieg oder Frieden“, weder eine Fehlentscheidung noch ein Ausweichen vor der Verantwortung geben. „Atomkrieg und die Bibel sind nicht vereinbar“, wie es Gerald Götting einmal festgestellt hat.

Im Bewußtsein dieser Verantwortung hat sich der Hauptvorstand der CDU nach der Tagung der Volkskammer in einem Schreiben an die Repräsentanten der Kirche in den beiden deutschen Staaten gewandt, in dem er feststellte: „Durch das Friedensgebot des Evangeliums, dem wir uns als Christen verpflichtet wissen, wird uns in dieser Existenzfrage der Menschheit eine besondere Verantwortung auf-erlegt.“

Nur mit Schmerz vermögen wir heute auf die verhängnisvolle Bindung der Kirche an den kapitalistischen Staat zurückzublicken. Denn die alte Verbindung zwischen Thron und Altar entstammte nicht der Sorge um das Seelenheil, sondern sie war eingegeben von Besorgnissen um den Gehorsam der Untertanen, wie das bereits im Reglement für die königlich-preußische Infanterie vom 1. März 1726 zum Ausdruck kam:

„Weil ein Kerl, welcher nicht Gott fürchtet, auch schwerlich seinem Herrn treu dienen und seinen Vorgesetzten rechten Gehorsam leisten wird, also sollen die Offiziers den Soldaten wohl einschärfen, eines christlichen und ehrbaren Wandels sich zu befleißigen; weshalb die Offiziers, wenn sie von eines Soldaten gottlosen Leben in Erfahrung kommen, selbigen vornehmen und, wenn er sich nicht bessert, den Kerl zum Priester schicken müssen.“

(Dr. Krüger, Der Militärseelsorgevertrag und die evangelischen Kirchen in der DDR)

Auch Theodor Heuß, der erste westdeutsche Bundespräsident, hatte früher einmal die Dinge richtig erkannt. In einer 1919 erschienenen Schrift „Zwischen gestern und morgen“ sagte er von der Kirche, daß sie im ersten Weltkrieg in einem schweren Konflikt stand, an dem das Merkwürdige war, „daß sie ihn selber in seiner vollen Tragik offenbar gar nicht empfand“. Des weiteren spricht Theodor Heuß in dieser Schrift von einer an sich unglücklichen Stellung des Feldgeistlichen, die sich sachlich und seelisch kaum halten ließ: „Die Stahlpredigt des Trommelfeuers war härter und zerschlug alle Theologie.“ Die wichtigsten Sätze dieser ganzen Schrift aber sind folgende:

„Wenn man von der Kirche Freiheit des Urteils, Selbstprüfung, Einkehr erwartet hatte, sah man ihr machtloses Schweigen zu dem Übel und Gewalttätigen, das in der staatlichen Organisation des Krieges in die Höhe stieg — und hier liegt der Kern der künftigen Probleme... Die Kirche ist, mit mehr oder weniger Takt, zu einer Staatsbürgerschule oder zu einer Untertanenschule gewor-

den. Die souveräne Gleichgültigkeit, die Jesus, ganz auf das Innere gestellt, gegen den irdischen Gewaltenapparat besaß, verwandelte sich in eine Erziehung zu Gehorsam und Abhängigkeit; das machte die Kirche für den Staat so brauchbar...“

Im Staat Konrad Adenauers scheint allerdings Herr Heuß vergessen zu haben, was er einst schrieb. Dem von ihm im ersten Weltkrieg noch gerügten Mißbrauch der Kirche wird heute durch den Militärseelsorgevertrag erneut und in größerem Umfange Vorschub geleistet, wie übrigens dem früheren NATO-Oberbefehlshaber Gruenther das Christentum nur noch den moralischen „Kitt“ der NATO abgeben soll.

Konrad Adenauer war es, der schon 1946 vor Besuchen in der damaligen sowjetischen Zone warnte, da man sich nicht der Gefahr aussetzen dürfe, „in der Atmosphäre der russischen Zone zu Beschlüssen zu kommen, die vom Standpunkt der Parteien der übrigen Zone unerwünscht seien“. Gerade diese Atmosphäre aber in der damaligen sowjetischen Besatzungszone, der heutigen Deutschen Demokratischen Republik, ist dem Gedeihen christlicher Tugenden förderlich.

In dieser Atmosphäre der kollektiven Arbeit, der Verantwortung eines jeden für das Ganze, des Lernens, der Pflege der humanistischen Traditionen, des Bekenntnisses zur Nation und zum Frieden kann endlich der Christ, nunmehr begünstigt durch die gesellschaftlichen Verhältnisse, seine christliche Pflicht als vollberechtigtes Glied der Gemeinschaft in Ehren erfüllen.

Konnte früher von Deutschland gesagt werden, daß es als Nachzügler den Gang der Dinge verderbe, dann sei heute unser Ehrgeiz, in der vordersten Front derer zu stehen, die dem Frieden die Bahn brechen.

Mitten durch Deutschland geht die Front im Kampf für den Frieden und gegen den Krieg. Jeder Blick zurück, jede Ausschau nach vorn, das nationale Interesse und unser privates Dasein — alles erfordert eins: die mutige Parteinahme für den Frieden und für den Fortschritt, die Verbindung der Frage der Wiedervereinigung mit der Bändigung des westdeutschen Militarismus, mit der Schaffung eines friedlichen, demokratischen Deutschland!

So bewähren wir uns als Christen und als deutsche Patrioten, ziehen wir die Lehren aus 500 Jahren deutscher Geschichte.

- *25 Prof. Dr. Rudolf Ričan: Josef L. Hromádka — Leben und Werk
- 26 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Afrika — Einige seiner Probleme
- 27 Duong-Van-Dam: Die Lage des Katholizismus in Vietnam
- 28 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Albert Schweitzer zum 85. Geburtstag
- *29 Fritz Rick: Auf neue Art arbeiten, lernen und leben
- *30 Dr. Hans Wiedemann †: Aus meinen Reden
- *31 Gerhard Lange: Erziehung und Bildung der Jugend in den beiden deutschen Staaten
- *32 Dr. Gerhard Desczyk: Der Friedensauftrag der Katholiken
- 33 Dr. Bohuslav Pospíšil: Die Prager Christliche Friedenskonferenz
- *34 Johannes Zukertort: Der deutsche Militarismus und die Legende vom Präventivkrieg Hitler-Deutschlands gegen die Sowjetunion
- *35/36 Luitpold Steidle: Das Nationalkomitee „Freies Deutschland“
- *37 Gerhard Krüger: Die Darstellung der wichtigsten Probleme des zweiten Weltkrieges in der reaktionären Geschichtsschreibung Westdeutschlands
- *38 Prof. Dr. Gerhard Reintanz, Heinz Büttner, Erwin Krubke: Friedensvertrag mit Deutschland
- *39 Gertrud Illing: Abrüstung — der Weg zum Weltfrieden — Wunsch und Wille der Menschheit
- *40 Wolfgang Heyl, Victor Thiel, Erwin Krubke, Rolf Börner: Es gibt keinen dritten Weg
- *41 Otto Nuschke — Sein Vermächtnis an die christlichen Demokraten
- *42 Rolf Börner: Der Christ und die sozialistische Moral
- *43 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Ostsee — Meer des Friedens
- *44 Prof. Dr. theol. Gerhard Kehnscherper: Max Plancks Forderung an Theologie und Kirche
- 45 Werner Meinecke: Die Verflechtung mit der Macht als aktuelle Bedrohung der Kirche
- *46 Dr. Heinrich Toepfütz: Recht und Justiz in beiden deutschen Staaten
- *47 Gerald Götting: Einig im Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus
- 48 Dr. Harald-Dietrich Kühne: Atomare Aufrüstung und Lebenslage
- 49 Prof. Dr. Jan Milič Lochman: Theologie und kalter Krieg
- 50 Carl Ordnung: Die Kirche vor der sozialen Frage
- 51 Dipl. oec. Erwin Krubke: Soziale Sicherheit ist nur im Sozialismus möglich

- 52 Aus der Arbeit des Gesamtstaatlichen Friedensausschusses der katholischen Geistlichkeit in der CSSR: Vom Glauben zum Bekenntnis
- 53 Alwin Schaper: Der Gottesfrieden — Rückblick und Ausschau
- 54 Prof. Dr. Amedeo Molnár: Johannes Hus, der Wahrheitsverteidiger
- 55 Carl Ordnung: Der Atheismus als Frage an die Christenheit
- 56 Gerald Götting: Afrika den Afrikanern! — Zur Freiheitsbewegung der afrikanischen Völker
- 57 Die Bewegung nationaler Christen in Indien (The Indian National Hindustani Church)
- 58 Hermann Kalb Adolf Niggemeler, Karl-Heinz Puff: Weg und Ziel der Adenauer-CDU — Zu einigen Fragen ihrer antinationalen Politik
- 59 Siegfried Welz: Der algerische revolutionäre Befreiungskrieg
- 60 Gertrud Illing: Das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus im Bonner Staat und die Rolle der Adenauer-CDU
- 61 Hans Zillig: Der Christ in der sozialistischen Landwirtschaft

Die mit * gekennzeichneten Titel sind bei der Parteilieferung vergriffen.

Verkaufspreis 0,50 DM